Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf. — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 51 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Dienstag, 1. März 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Preußens Haushalt

Die preußische Staatsregierung hat den Haushaltsplan für 1932 veröffentlicht.

Die Haushaltspläne und -berechnungen Preußens waren bis zum Beginn des Rechnungsjahres 1930 im Endergebnis ausgeglichen. Das Rechnungsjahr 1930 hat mit einem Fehlbetrag von 204 Millionen RM. abgeschlossen.

Das Rechnungsjahr 1931 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 245 Millionen.

Die Ursache des ungünstigen Abschlusses des ordentlichen Haushaltes in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 liegt darin, daß

die Deckungsmittel sich in größerem Umfange verschlechtert

haben, als es gelang, den Zuschußbedarf der Hoheitsverwaltungen zu vermindern.

Im Rechnungsjahr 1932 müssen sich diese Schwierigkeiten infolge des beschleunigten Rückganges der Deckungsmittel verschärfen. Der Ausfall des reinen Staatsanteils an Ueberweisungssteuern gegenüber dem Haushalt 1930 wird 258,4 Millionen RM. betragen. Die Betriebe werden mit 31,9 Millionen hinter dem Vorjahr zurückbleiben.

Die preußischen Steuern und Abgaben werden einen Ausfall von 60,8 Mill. RM. aufweisen,

nämlich 16,7 Millionen bei der Hauszinssteuer, 35 Millionen bei der Grundvermögenssteuer, 6 Millionen bei der Stempelsteuer, 2,7 Millionen bei den Verwaltungsgebühren und übrige kleine Posten. Die übrigen Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung sind um 27,6 Millionen RM. geringer zu schätzen. Hinzu tritt der Rückgang der Einnahmen bei den Hoheitsverwaltungen mit 26,3 Millionen RM.

Die Einnahmeseite verschlechtert sich um 402,7 Millionen RM.
Die Ausgabeseite verschlechtert sich zwangsläufig um 75,9 Millonen RM.

Die Verschlechterung setzt sich wie folgt zusammen: Erhöhung um 42 Millionen RM. durch die Aufnahme der bisher aus Anleihemitteln bestrittenen Ausgaben in den Haushalt; 10,3 Mill. Erhöhung bei den persönlichen Ausgaben, 23,6 Millionen Erhöhung der sächlichen Mehrausgaben.

Die Gesamtverschlechterung des Haushalts 1932 gegenüber 1931 beträgt mithin 478,6 Mill. RM.

Auf Seiten der bisher zur Verfügung stehenden Einnahmen hat sich dieser Ausfall nur in ganz geringfügigem Maße ausgleichen lassen,

die Deckung des Restes von 476,6 Mill. RM. mußte auf der Ausgabeseite versucht werden.

Die durch die zweite und dritte preußische Notverordnung

bei den persönlichen Ausgaben erzielten Ersparnisse erbringen 207,2 Millionen RM., die bei den sächlichen Ausgaben 74,7 Mill.,

insgesamt ergibt sich hiernach eine Ersparnis von 281,9 Millionen RM. Weiter sind die Bauunterhaltungsfonds weiter ermäßigt worden. Hieraus ergibt sich eine weitere Ersparnis von 15 Mill. RM. Darüber hinaus sind schließlich noch weitere sehr starke Sachabstriche vorgenommen worden, die eine Nettoverbesserung von 92,1 Millionen RM. gebracht haben.

Insgesamt betragen daher die

Gesamtersparnisse 389 Millionen RM.

Hiervon sind bereits 10,4 Millionen bei den Ueberschüssen der Betriebsverwaltungen und 2 Millionen bei der Senkung der Einnahmen berücksichtigt, es verbleiben mithin für die Deckung 389 minus 12,4 gleich 376,6 Millionen RM.

Die Deckung des noch bleibenden Fehlbetrages von 100 Millionen RM. muß durch Erhöhung der Einnahmen erfolgen. Da die Befürchtung geäußert wurde, die Einführung einer neuen Steuer werde die Preissenkungsbestrebungen der Reichsregierung stören, wurden zwischen der Reichsregierung und der Staatsregierung

Verhandlungen über eine Ausgleichszahlung aus Reichsmitteln

eingeleitet. Diese Verhandlungen stehen vor dem Abschluß.

Im Anleihehaushalt betrug der Fehlbetrag am 31. Dezember 1931 insgesamt 155,2 Mill.

Bei der Lage des Kapitalmarktes wird mit der Unterbringung langfristiger Anleihen für neue Anleiheausgaben in der nächsten Zeit nicht gerechnet werden können. Die Staatsregierung hat sich deshalb entschlossen, den Anleihehaushalt für neue Ausgaben für werbende Zwecke zu schließen.

Die Kommunalfinanzen

In dem Haushaltsplan des preußischen Staates wird zur Frage der preußischen Kommunalfinanzen u. a. gesagt:

Die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die preußischen Gemeinden und Gemeindeverbände zu kämpfen haben, werden nicht geringer zu veranschlagen sein als die des Staates.

Wenn auch die Gemeindefinanzen ins Gewicht fallende Erleichterungen erfahren haben, so stehen diesen Ersparnissen doch beträchtliche Verschlechterungen gegenüber. Der preußische Staat kann bei seiner eigenen Finanzlage eine weitergehende Hilfe, als er sie den Gemeinden unter stärkster Einschränkung seiner eigenen Bedürfnisse bereits gewährt, nicht leisten.

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die der Ordnung der öffentlichen Finanzen für die künftige Entwicklung des deutschen Volkes zukommt, läßt es sich auf die Dauer nicht umgehen, die Finanzen des Reiches, der Länder und Gemeinden als eine Einheit zu behandeln und die finanzielle Lage aller drei Beteiligten auf einen gemeinschaftlichen Nenner zu bringen.

Finanzminister Dr. Klepper über die preußische Etatspolitik

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des preußischen Haushaltes für 1932 erläuterte Finanzminister Dr. Klepper vor Vertretern der Presse die preußische Etatspolitik. Er wies darauf hin, daß die Abstriche des Etats über alle bisherigen Maßnahmen dieser Art hinausginaen. Es handele sich dabei nicht nur um rechnungsmäßige, sondern um

effektive Abstriche, die allein sich in der Richtung der Stabilisierung des Haushaltes auswirken können.

Am stärksten sei das Bau- und Siedlungswesen betroffen. Nachdem die von Dr. Klepper im November vorgeschlagene Einführung der Schlachtsteuer verhindert worden sei, sei

die Ausgleichszahlung,

über die mit dem Reiche verhandelt werde, als einzige Hilfe übrig. Unter ihrer Berücksichtigung könne man aber

von einem ausgeglichenen Etat sprechen.

Preußen gibt für die Ausgleichszahlung Anteile der Siedlungsbank und der Landesrentenbank her. Die Uebertragung von Anteilen anderer Institute steht bei den Verhandlungen nicht zur Erörterung. Damit wird also bestätigt, daß die Besitzverhältnisse der Preußenkasse unberührt bleiben.

Nach der grundsätzlichen Seite der Finanzpolitik hin betonte Minister Klepper, daß auf die Dauer

ein Zustand praktisch nicht durchführbar sei, bei dem zwar die Selbstverwaltung aufrecht erhalten, die Selbstverantwortung aber aufgehoben oder doch außerordentlich stark eingeschränkt werde.

Die Länder können sich nicht für immer als Objekt der Entwicklung betrachten; zunächst freilich müssen sie innerhalb des gesteckten Rahmens Ordnung schaffen. Das heißt, daß die Staatsausgaben durch, wenn auch manchmal harte Eingriffe, im Wege einer Verwaltungs- und Finanzreform gesenkt werden müssen. Das ist der Sinn der beiden preußischen Sparverordnungen. Die eigentliche Reform, die auf eine Vereinfachung der Staatsverwaltung hinausläuft, wird die preußische Regierung in naher Zukunft beschäftigen.

Noch schwieriger

als die Lage des Staates sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen die der

Gemeinden und Gemeindeverbände.

Auch für sie seien Reformmaßnahmen eine absolut vordringliche Maßnahme.

Die entscheidende Frage

unserer öffentlichen Finanzpolitik ist nach der Auffassung des Ministers, ob man durch die Senkung von Steuern und ähnliche Maßnahmen einen Konjunkturanreiz ausüben kann, um so die Steuerkraft neu anzuregen. Eine solche protektionistische Handhabung der Finanzpolitik lehnt Dr. Klepper ab, weil derartige Versuche eigentlich praktisch schon gescheitert seien. Er tritt dafür ein, daß

die Staatsausgaben ohne Rücksicht auf wirtschaftspolitische Tendenzen durch die Staatseinnahmen gedeckt

werden. Das einzige Ergebnis würde seines Erachtens sonst sein, daß die öffentlichen Finanzen sich zu einer weiteren Gefahr für die Wirt-

Dr. Gördeler im Rundfunk

Dr. Gördeler über die Preisüberwachung

Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Gördeler, sprach im Rundfunk über den gegenwärtigen Zustand, die Auswirkungen, Hemmungen und noch zu lösenden Aufgaben der Preisüberwachung. Er habe Veranlassung, so betonte der Reichskommissar, sich kritisch zu einigen Punkten zu äußern, die den erstrebenswerten Zustand einer umfassenden, lückenlosen und schnellen Durchführung der Preissenkung im Interesse der Gesamtwirtschaft noch entgegenständen. Dazu gehöre die durch den

Bierpreis in Berlin und Hamburg

geschaffene Lage. Der Reichskommissar ging näher auf die Entwicklung der Bierpreisfrage ein und stellte fest, daß auf keinem Gebiete ein Steuerstreik zu einem Erfolge führen könne. Man müsse bedenken, daß die Biersteuererträge zu nichts anderem als zur Erhaltung der Arbeitslosen verwendet würden.

Ursache zu weiterer Besorgnis sei

die Erhöhung des Butterpreises.

Es bestehe hier aber begründete Hoffnung auf eine rückläufige Preisbewegung.

Kritisch setzte sich Dr. Gördeler auch mit der

Brotpreisfrage

auseinander. Die Aufgaben des Reichskommissars seien hier begrenzt und es sei für ihn nicht möglich, die Roggenpreise zu beeinflussen, weil u. a. sonst der künftige Roggenanbau überhaupt gefährdet sein würde. Jedoch sei es durch die Maßnahmen der Reichsregierung und des Reichskommissars gelungen, Einfluß auf eine vernünftige und ruhige Gestaltung der Roggen- und Roggenmehlpreise zu gewinnen, der zu Entspannungen führen müsse.

Im großen und ganzen sei eine

Senkung des Index um sieben bis neun Prozent

erreicht worden und das sei ein Erfolg, wie er seit der Inflation noch niemals in so kurzer Zeit zu verzeichnen war.

Bei der Behandlung der zukünftigen Aufgaben für die Preisüberwachung wies der Redner darauf hin, daß mit einer

weiteren Senkung der Postgebühren vorläufig nicht

gerechnet werden könne. Dr. Gördeler betonte, daß er

für die gebundenen Preise weitere Senkungen für notwendig

halte. Im Augenblick müßte aber dieser Gesichtspunkt hinter der Notwendigkeit zurücktreten,

zunächst einmal in der Gesamtwirtschaft eine Beruhigung eintreten zu lassen.

*

Das Reichskabinett

beschäftigte sich mit der

Brotpreisfrage,

über die der Reichskommissar für Preisüberwachung einen eingehenden Bericht erstattete. Er schilderte die von ihm zur Stabilisierung des Brotpreises getroffenen Maßnahmen und legte seinen bekannten Standpunkt gegenüber einer neuen Brotpreiserhöhung dar. Beschlüsse wurden vom Kabinett nicht gefaßt.

Der Kampf ums Bier

Auch die westfälischen Wirte streiken?

Wie der RWP.-Dienst aus Dortmund erfährt, findet am Donnerstag in Dortmund eine Zusammenkunft der Vorstände der Wirtevereine des Provinzialverbandes Westfalen statt, auf der man sich über die Einführung des Bierstreiks schlüssig werden will. Die Stimmung in den Wirtekreisen sei in der Mehrheit für einen Streik. Es wird angeführt, daß nur durch einen außergewöhnlichen Druck auf die Behörden diese für die notwendige Steuersenkung gefügig gemacht werden könnten.

Der Provinzialverband Rheinland will vorerst eine abwartende Haltung einnehmen und erst die Beschlüsse der Regierung in der Biersteuerfrage abwarten.

Hamburgs Wirte fordern Abberufung des Verbandspräsidenten Köster

Die Groß-Hamburger Bierstreikleitung sandte ein Telegramm an den Deutschen Gastwirteverband nach Berlin, in dem der Rücktritt des Präsidenten und M. d. R. Köster gefordert wird.

Dem Vernehmen nach ist es in Hamburg zu einigen Unstimmigkeiten innerhalb der verschiedenen Streikleitungen gekommen, da ein Teil wenigstens auf Grund der Erklärungen der Reichsregierung den Boykott abzubrechen wünscht.

Am Sonntag wurde von Streikenden eine Demonstration im Hauptbahnhof versucht, um den Ausschank von Bier zu verhindern. In der Nacht zum Sonntag war im Wartesaal des Bahnhofs bereits ein Kanonenschlag-„Attentat" erfolgt, das eine kleine Panik unter den zahlreichen Gästen hervorrief, durch das aber niemand zu Schaden gekommen ist.

Keine Verhandlungsbeschleunigung

Das Wolffbüro verbreitet folgendes: Die Reichsregierung hat, wie bekannt, in der vorigen Woche mit dem Deutschen Gastwirteverband und den Brauereivertretern über die Frage der Biersteuersenkung verhandelt. Sie hatte die Absicht, abgesehen von den erforderlichen Benehmen mit den Ländern und Gemeinden, die Verhandlungen in diesen Tagen fortzusetzen und beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Dieser Absicht stehen jedoch nunmehr die zurzeit im Gange befindlichen Streikbewegungen entgegen.

Die kämpfenden Wirte

Wie die Streikleitung des Gaststättengewerbes der NSDAP.-Arbeitgeber mitteilt, wurde auf der Mitgliederversammlung des Hamburger Gastwirtevereins von 1871 einstimmig die Fortsetzung des Bierstreiks beschlossen. Auch eine zweite Gastwirteversammlung des norddeutschen Gastwirteverbandes entschied sich für Fortführung des Bierstreiks.

*

In dem zu Zweidrittel besetzten Saale der Brauerei Friedrichshain in Berlin hielt der Kampfausschuß der Gastwirte eine Versammlung ab, in der der kommunistische Abgeordnete Hoffmann über den Stand der Gastwirtsbewegung und die Regierungserklärung ausführte, daß über den Streik nichts Neues zu berichten sei. Er schlage die Annahme einer Erklärung ohne Aussprache vor. Damit war die große Mehrheit einverstanden, und die Erklärung wurde widerspruchslos angenommen. Sie besagt, daß der Vorschlag der Regierung, erst den Streik abzubrechen und dann zu verhandeln und eine geringe Senkung der Biersteuer vorzunehmen, abgelehnt wird. Sie wendet sich ferner gegen die Lokalkommission und den Nationalen Gastwirteverband, die hinter dem Rücken der Gastwirte verhandeln wollten. Endlich beschließt sie, die Außenbeleuchtung der Gaststätten ganz einzustellen, die Innenbeleuchtung auf 25% einzuschränken. Der Vorsitzende der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, Wischnewski, erklärte, daß nach dem Berliner Tageblatt die erste Streikwoche einen Steuerausfall von einer halben Million bedeute.

schaft selbst entwickeln würden. Nach diesen Gesichtspunkten ist also auch der preußische Haushalt aufgebaut.

Rundfunkansprache des Papstes

Gelegentlich der entscheidenden Sitzung in einem Seligsprechungsprozeß hielt der Papst am Sonntagabend eine über Radio verbreitete Ansprache, in der er auch auf die große moralische und materielle Not der Gegenwart zu sprechen kam, die, wie er sagte, vielleicht in der Geschichte beispiellos dastehe und auf drei Grundübel, den Stolz, die Geldgier und die Fleischeslust zurückzuführen sei. Er segne alle, die in dieser schweren Zeit darben. Er segne alle Völker und besonders jene beiden großen Völker im Fernen Osten, auf die heute besorgt die Augen der ganzen Welt blicken. Er gedenke mit seinem Segen jener, die in Rußland, Mexiko und Spanien aus besonderen Gründen in geistiger Not seien. Auch schließe er ein in seinen päpstlichen Segen jene, in deren Händen die Geschicke der Völker liegen, damit die göttliche Gnade überall neues christliches Leben und den tätigen Willen zu Frieden und gegenseitiger Zusammenarbeit erwecke.

Neue amerikanische Unterstützung unterernährter deutscher Kinder?

Robert Taylor, der 1920 bis 1921 Leiter des Transportwesens der Quäkerhilfe für Deutschland war, ersuchte nach einer Meldung aus Philadelphia den Präsidenten Hoover in einem Schreiben, einen Teil der angeblich nicht verbrauchten Gelder der American Relief Administration dem American Friends Service Committee zu überweisen, damit diese Gelder zur Unterstützung unterernährter deutscher Kinder verwendet werden könnten.

Die Inderziffer für die Lebenshaltungskosten im Februar 1932

Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Febr. 1932 auf 122,3 gegenüber 124,5 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 1,8 v. H. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen — außer der Wohnung, deren Inderziffer mit 121,5 unverändert geblieben ist, beteiligt.

Es sind zurückgegangen die Inderziffern für Ernährung um 1,9 v. H. auf 113,9, für Heizung und Beleuchtung um 2,4 v. H. auf 137,0, für Bekleidung um 3,0 v. H. auf 120,2 und für „sonstigen Bedarf" um 2,2 v. H. auf 167,3.

Die Berechnungen auf Grund der Preisfeststellungen in der zweiten Februarhälfte ergeben im ganzen gegenüber der ersten Februarhälfte 1932 eine Zunahme um 0,3 v. H. gegenüber der zweiten Januarhälfte 1932 eine Abnahme um 0,6 v. H. gegenüber der ersten Januarhälfte 1932 eine Abnahme um 2,4 v. H., gegenüber der zweiten Dezemberhälfte 1931 eine Abnahme um 5,8 v. H., gegenüber der ersten Dezemberhälfte 1931 eine Abnahme um 6,3 v. H., gegenüber der zweiten Novemberhälfte 1931 eine Abnahme um 6,9 v. H., gegenüber der zweiten Oktoberhälfte 1931 eine Abnahme um 7,8 v. H., gegenüber der zweiten Januarhälfte 1931 eine Abnahme um 12,5 v. H. und gegenüber der zweiten Februarhälfte 1931 eine Abnahme um 11,7 v. H.

Das Urteil gegen die Brüder Runck

Das Schöffengericht in Berlin verurteilte Friedrich Paul Runck wegen Depotverbrechens und Bilanzverschleierung zu zwei Jahren, drei Monaten Gefängnis, Adolf Runck wegen Beihilfe zu diesen Straftaten sowie wegen Betruges gegenüber dem Zentral-Ausschuß für Innere Mission und dem Reich zu zwei Jahren Gefängnis. Die Haftbefehle werden aufrecht erhalten.

Vom Memel-Landtag

Aus Memel, 29. Febr., wird gemeldet: Zwischen dem neu ernannten Präsidenten Simmat und den Führern der Mehrheitsparteien haben heute mittag Verhandlungen stattgefunden, in denen Simmat einen ausgesprochenen großlitauischen Standpunkt einnahm. Er forderte vor allem, daß auch Landesrat Tolischus dem Direktorium angehören müsse, und daß bei Stimmengleichheit die Stimme des Präsidenten den Ausschlag zu geben hätte. Von den Mehrheitsparteien ist diese Bedingung als unannehmbar bezeichnet worden.

Man hat die Fraktionen für morgen vormittag einberufen, glaubt aber, daß diese Maßnahme nur einen formellen Akt darstelle, da die Angelegenheit heute als endgültig entschieden angesehen werden könne. In politischen Kreisen hält man ein großlitauisches Direktorium für das Memelland für absolut sicher. Die Verhandlungen Simmats mit den Führern der Mehrheitsparteien sieht man als nicht ernst an. Sie seien, wie allgemein erklärt wird, lediglich in der Absicht eingeleitet worden, öffentlich zu demonstrieren, daß Groß-Litauen es nicht daran habe fehlen lassen, sich um ein parlamentarisches Direktorium zu bemühen, dessen Nichtzustandekommen dann um so leichter als von den Mehrheitsparteien verschuldet dargestellt werden kann.

Von den Memelländern wird unter diesen Umständen angenommen, daß auch die morgige Fraktionssitzung den Simmat-Vorschlag als unannehmbar bezeichnen wird, und daß unter diesen Umständen unbedingt mit der Auflösung des Memelländischen Landtages zu rechnen sei.

*

Aus Genf wird berichtet: Die neuesten Vorgänge im Memelgebiet werden auch in Völkerbundskreisen sehr lebhaft erörtert. Ein Gerücht will wissen, daß die Signatarmächte des Memelstatuts mit der neuesten Entwicklung befaßt worden sind.

Uebertritt volksparteilicher Vorstandsmitglieder des Berliner Wahlkreises zu den Deutschnationalen

Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt unter dem 29. Febr. mit: Der seit einigen Tagen eingeleitete Uebertritt einiger bisheriger Vorstandsmitglieder des Wahlkreises 2 (Berlin) der Deutschen Volkspartei unter Führung des Stadtverordneten Falz zu den Deutschnationalen ist heute abend erfolgt. Falz hatte die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der Partei unter dem Unwillen aller Teilnehmer verlassen müssen, weil er die Hindenburg-Parole ablehnte. Die in der Erklärung der Ausgetretenen erwähnten Motive sind nur Vorwände.

Die Wahlkreisorganisation der Deutschen Volkspartei erleidet durch diesen Schritt keinen Verlust. Eine Versammlung führender Vertrauensleute der Partei hat bereits heute abend getagt und die Wahlkreisleitung einem provisorischen Vorstand unter Vorsitz des Ministerialrats Hildebrand übertragen. Eine Vertretertagung des 2. Wahlkreises wird sofort einberufen und endgültig eine neue Führung wählen.

Aufgaben und Leistungen der Ostsiedlung

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation hat eine Tagung abgehalten, auf der Geh. Rat Prof. Sering in einem längeren Vortrag insbesondere die Ostsiedlungsfragen erörterte.

Aus Kreisen des preußischen Landwirtschaftsministeriums erfahren wir in diesem Zusammenhange über die Ostsiedlungsfragen, daß

Land in ausreichendem Maße vorhanden

sei. Die Hauptaufgabe sei, den

Zug vom Lande in die Stadt und vom Osten nach dem Westen abzustoppen.

Die zweiten und dritten Bauernsöhne müßten durch eine ausgedehnte Siedlungstätigkeit festgehalten werden. Der große nationalpolitische Gedanke der Ostsiedlung sei darüber hinaus aber, den Massen im Westen den

Weg nach dem Osten

wieder zu eröffnen. Durch die Siedlungstätigkeit der preußischen Regierung seien

im vergangenen Jahre rund 100 000 Menschen auf insgesamt einer halben Million Morgen krisenfest zur Ansiedlung gebracht worden.

Es ist den zuständigen Regierungsstellen gelungen, im Laufe des Jahres eine erhebliche

Verbilligung der einzelnen Siedlung

zu erreichen. Gegenwärtig stellt sich der Preis für eine Siedlung von etwa 30 Morgen auf etwa 8 bis 10 000 Mark einschließlich der Materialkosten und Berechnung der Mitarbeit des Siedlers. Noch vor wenigen Jahren mußte für eine solche Siedlung der doppelte bis dreifache Betrag aufgewendet werden.

Poincaré für eine französisch-italienische Verständigung

In einem Artikel, der gleichzeitig im „Excelsior" und in der in Buenos Aires erscheinenden Zeitung „La Nacion" veröffentlicht wird, setzt sich Poincare energisch für die französisch-italienische Verständigung ein. Als Ministerpräsident habe er im Beisein von Lord Curzon in Territet eine Unterredung mit Mussolini gehabt. Es komme nur auf Tardieu an, sich demnächst eine ähnliche Unterredung zu verschaffen. Niemand werde ihn deswegen beschuldigen, dem Faschismus den Hof zu machen. Ich weiß, fährt Poincare fort, daß man von Alliancen nichts mehr wissen will, man bezeichnet sie als überholte Politik. Gut, aber ein Verbündeter von gestern bleibt ein Freund von heute und für die Zukunft. Erweitern wir unsere Beziehungen zu den Nationen beider Weltteile. So ausgedehnt aber auch der Kreis unserer diplomatischen Beziehungen sein mag, müssen wir um so mehr gleichzeitig unsere gemeinsame Tradition mit Italien und den übrigen lateinischen Ländern pflegen und sorgsam darüber wachen, daß unsere Kultur nicht unter den übrigen Kulturen erstickt. Gewiß sind wir mit Italien in einigen Fragen uneinig, besonders hinsichtlich der Kolonien. Verteidigen wir unsere Rechte und Interessen. Trotz dieser Auseinandersetzungen aber ist die enge Freundschaft Frankreichs und Italiens für beide Länder eine Notwendigkeit. Mussolini repräsentiert Italien. Das genügt! Er wird nicht versuchen, irgendeinen unserer Politiker zum Faschismus zu bekehren, und unsere Politiker werden ebensowenig versuchen, ihm die Ueberlegenheit unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen zu beweisen. Das würde heißen, die Debatte ohne Hoffnung auf eine Lösung auf ein falsches Gebiet zu schieben. Es ist besser, sich mit den Tatsachen zu befassen und zu einem Ergebnis zu gelangen.

Opfer politischer Raufereien

In Hamburg

kam es zu einem folgenschweren Zusammenstoß am Montag in der Nacht kurz nach 1 Uhr in der Vorgfelder Straße. Wie der Polizeibericht darüber meldet, fand dort ein Polizeibeamter einen am Boden liegenden Mann, der von einem über ihm stehenden Mann schwer mißhandelt und mit Füßen ins Gesicht getreten wurde. Der Täter griff auch den Polizeibeamten an und fand dabei Unterstützung durch Personen, die zum Teil das Abzeichen der NSDAP. trugen. Der Beamte wurde zu Boden gerissen, getreten und geschlagen. Obwohl der Beamte in höchster Notwehr schoß, ließ der erste Hauptangreifer nicht von ihm ab, so daß der Beamte, immer noch am Boden liegend, einen zweiten Schuß abgeben mußte, der den Täter traf. Dieser, der 24jährige Henry Kobert, Angehöriger der NSDAP., erlitt eine schwere Bauchverletzung, an der er bald nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus starb. Weitere Polizeibeamte nahmen sieben Personen fest, die sämtlich der NSDAP. angehören und aktiv an dem Vorgang beteiligt gewesen sind.

In Berlin

haben die Parteien mit der Wahlpropaganda begonnen. In erster Linie waren es die radikalen Parteien, die schon in den frühen Morgenstunden des Sonntags mit der Straßenpropaganda begannen. Hierbei ist es dann in verschiedenen Stadtteilen zu mehr oder minder schweren Zwischenfällen gekommen. So gerieten Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute in Pankow in eine Schlägerei, bei der 30 Personen von der Polizei zwangsgestellt wurden. In der Invalidenstraße mußte die Polizei bei einer Schlägerei zwischen den gleichen Gruppen mit dem Polizeiknüppel vorgehen. Hier wurden 27 Personen der Abteilung 1 zugeführt, während 5 Reichsbannerleute und 1 Nationalsozialist der Rettungswache zugeleitet wurden. Zu einem Ueberfall kam es mittags in der Seestraße, wobei von zwei verletzten Reichsbannerleuten einer ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Acht Nationalsozialisten, die in die Schlägerei verwickelt waren, mußten den Weg zum Alexanderplatz antreten. Bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Reinickendorf-Ost nahm die Polizei 17 Sistierungen vor. Bei der Hofpropaganda wurde dann noch in der Gotenstraße ein Nationalsozialist überfallen und durch Fußtritte an Kopf und Unterleib so schwer verletzt, daß die Polizei die Ueberführung ins Krankenhaus anordnen mußte. Bis zum Spätnachmittag waren insgesamt 120 Personen dem Polizeipräsidium zugeführt worden, von denen rund 50 nach Feststellung der Personalien entlassen wurden.

Auf einem Tanzvergnügen in Tessin (Mecklenburg)

gerieten Nationalsozialisten mit Kommunisten in ein Handgemenge. Drei Nationalsozialisten mußten mit schweren Verletzungen nach Rostock gebracht werden. Man befürchtet, daß zwei der Schwerverletzten nicht mit dem Leben davonkommen erwden.

Der Präsidenten-Wahlkampf

Aufrufe für Hindenburg

Der erweiterte Vorstand des Westfälischen Bauernbundes

faßte eine Entschließung, in der es den Mitgliedern und Freunden des Westfälischen Bauernbundes zur Pflicht gemacht wird, am 13. März Hindenburg zu wählen.

*

Reichsausschuß und Parteivorstand der Deutschen Volkspartei

erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Wiederum aus höchster vaterländischer Pflicht stellt sich Hindenburg auf den Ruf von Millionen der besten Deutschen aus allen Kreisen für eine neue Wahlperiode zur Verfügung. Für die Deutsche Volkspartei, die ihn schon 1925 mit auf den Schild gehoben, gibt es keine andere Parole als die unbedingte Treue und Gefolgschaft. Kein Besserer, kein Würdigerer kann das höchste Vertrauensamt des Volkes bekleiden als der ruhmreiche Heerführer, den heute das einmütige Urteil des Volkes den Vater des Vaterlandes nennt.

Die Deutsche Volkspartei erstrebt als Gegengewicht gegen die demokratische Parlamentsherrschaft eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Wer dem Reichspräsidenten Bedingungen für die Führung seines Amtes vorschreiben will, schwächt seine verfassungsmäßige Stellung und zieht ihn in die Niederungen des Parteikampfes hinab.

Die Deutsche Volkspartei setzt ihre ganze Kraft ein, um seine Wiederwahl zu erreichen als ein Symbol der Zusammenfassung der Kräfte für die Sicherung des inneren und äußeren Wiederaufstieges der deutschen Nation."

Die Reichsleitung der Eisernen Front

veröffentlicht unter der Parole „Wir schlagen Hitler" einen Reichsaufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es heißt:

„Alle Anhänger der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen.

Die politische Führung der Eisernen Front hat als Ziel bestimmt: Weder ein Hitler noch ein Düsterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmanns ein Sprungbrett für Hitler stellen.

Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah, darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden.

Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler."

Das Schreiben Hitlers dem Reichsinnenminister zugeleitet

Der Reichspräsident hat das Schreiben Hitlers, das am Sonntagabend zwischen 6 und 7 Uhr im Büro des Reichspräsidenten eingegangen ist, nach Kenntnisnahme zur Prüfung der darin enthaltenen Beschwerden dem Reichsminister des Innern zugeleitet.



Reichsminister Dr. Dietrich
bei einer Wahlrede in Berlin, in der er sich für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzte.



Adolf Hitler
hielt im Berliner Sportpalast die erste Kandidatenrede.



Oberstleutnant a. D. Duesterberg
der Kandidat der Deutschnationalen und des Stahlhelms, während seiner Rede in der Großen Messehalle in Köln.

Neues Hochverratsverfahren gegen Scheringer

Der Oberreichsanwalt hat gegen den früheren Reichswehroffizier Richard Scheringer, der im Ulmer Offiziersprozeß vor dem Reichsgericht wegen Vorbereitung zum Hochverrat eine Festungsstrafe von 1½ Jahren erhielt, erneut Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben und die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Reichsgericht beantragt.

Die umfangreiche Anklage wirft Scheringer vor, er habe während der Festungszeit in Gollnow durch Veröffentlichung zahlreicher Schriften und Zeitungsartikel hochverräterische Handlungen begangen. Die Schriften und Zeitungsartikel habe der frühere Reichswehroffizier, der während der Verbüßung seiner Festungshaft in Gollnow zur kommunistischen Partei übergetreten sei, im Interesse der kommunistischen Partei und ihres Funktionärkörpers geschrieben. Eine solche Propagandatätigkeit durch literarische Werke bedeute aber Vorbereitung zum Hochverrat.

Der Termin gegen Scheringer wird voraussichtlich noch im Laufe des Frühjahrs stattfinden.

Elsaß-lothringische Waldbesitzer gegen die ausländische Konkurrenz

Die waldbesitzenden Gemeinden des Elsaß haben vor einigen Wochen einen Verband zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber der scharfen auslandskonkurrenz gegründet, der vor allem gegen die Verwendung ausländischen Holzes bei den Festungsbauten an der Grenze Einspruch erhoben hat. In den beiden elsässischen Departements sind die Forderungen des Verbandes bereits den Präfekten überreicht worden. Nun hat diese Bewegung auch nach Lothringen übergegriffen und es wurde bei einer Versammlung eine Sektion des Verbandes für Lothringen gegründet. Bemerkenswert ist daß an dieser Verbandsgründung auch der Verein der lothringischen Privatwaldbesitzer und der Verband der Sägewerksbesitzer teilgenommen hat. Die Anariffe des Verbandes richten sich gegen jede Holzeinfuhr. Am meisten betroffen wird jedoch die Holzeinfuhr aus Deutschland, weil sie in der letzten Zeit den weitaus größten Teil der eingeführten Hölzer geliefert hat.

Die Besprechungen im Abrüstungs-Hauptausschuß

Aus Genf, 29. Febr., berichtet das Wolffbüro: Nachdem in den bisherigen Sitzungen der Abrüstungskonferenz und des Hauptausschusses sämtliche irgendwie als Formalien zu betrachtenden Fragen einschließlich des Schicksals des Konventionsentwurfes erledigt worden sind, gelten die Besprechungen der jetzigen sitzungsfreien Zeit, die mehrere Tage andauern wird, den entscheidenden sachlichen Fragen. Tardieu ist zu diesem Zweck heute vormittag zu einem zwölfstündigen Aufenthalt hier eingetroffen. Er hatte Unterredungen mit Benesch, in dessen Hand die Ausarbeitung eines Entwurfes für die materielle Gestaltung der Konferenzarbeiten liegt, und mit Botschafter Nadolny, der im Anschluß daran mit Grandi verhandelte. Es liegt in der Natur der Sache, daß sämtliche Delegationen ein Aufeinanderprallen politischer Gegensätze in den öffentlichen Sitzungen zu vermeiden suchen und in den jetzigen Vorbesprechungen einen Ausgleich anzubahnen suchen.

Kleine polit. Nachrichten

Um die Verlängerung des Rediskontkredits der Reichsbank

Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen über eine Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Rediskont-Kredits an die Reichsbank, der zuletzt bekanntlich um einen Monat verlängert worden war, dürften Mitte der Woche zu Ende geführt werden. Dabei handelt es sich um die Verlängerung des Kredits auf drei Monate bis zum 4. Juni d. J. Deutschland soll innerhalb dieser Frist 10% des Kredits zurückzahlen.

Der Zweite Bürgermeister von Dresden, Dr. Bührer,

der bisher der SPD. angehörte, ist aus dieser Partei ausgetreten. Als Gründe für diesen Schritt führt er an, daß die SPD. im Reich das Kabinett Brüning und dessen Notverordnungspolitik unterstütze, während dieselbe Partei in der Dresdener Stadtverordnetenversammlung Anträge stelle, die sich gegen die Auswirkungen dieser Politik, die von der SPD. im Reiche geduldet werden, wenden. Es sei ihm nichts anderes übrig geblieben, als hieraus die für ihn zwangsläufigen Konsequenzen zu ziehen, da er durch sein Amt gezwungen sei, die Notverordnungen des Reiches durchzuführen.

Verwendungszwang für Kartoffelstärkemehl auch nach dem 15. April 1932

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird der Verwendungszwang für Kartoffelstärkemehl zu Backzwecken auf Grund der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. Oktober 1931 über den 15. 4. 1932 verlängert werden.

Hochherziges Anerbieten der australischen Regierung. — Rückgabe des Namensschildes der „Emden"

Der britische Botschafter Sir Horace Rumbold hat dem Reichskanzler die Absicht der australischen Regierung mitgeteilt, das Namensschild des im Kriege untergegangenen Kreuzers „Emden" als Anerkennung der ritterlichen Haltung der „Emden"-Besatzung zurückzugeben.

Der chinesisch-japanische Krieg

Die Kampfberichte aus Schanghai

Aus Schanghai, 29. Febr. (6.15 Uhr vormittags), meldet das Reuterbüro: Soeben hat heftiges Artilleriefeuer gegen die Zone von Tschapei begonnen, nachdem während der abgelaufenen Nacht eine Ruhe geherrscht hatte, wie sie seit einem Monat kaum je zu verzeichnen war. Es fehlt nicht an Vorzeichen, daß noch schärfere und noch ausgedehntere Kämpfe als bisher bevorstehen. Die Vorhut der elften japanischen Division, die bei Kiangwan Stellungen bezogen hat, trifft eifrige Vorbereitungen. Das Gros der Division ist noch nicht gelandet worden. Der neue japanische Oberbefehlshaber General Schirakawa wird heute hier erwartet, und man glaubt, daß seine Ankunft das Signal für die Wiederaufnahme der japanischen Offensive auf der ganzen Front sein wird. Die chinesischen Truppen scheinen zu erkennen, daß ihnen eine ernste Probe bevorsteht. Aber trotz ihrer bisherigen Strapazen und Verluste ist ihre Moral, wie sich bei Besuchen an der Front zeigt, ausgezeichnet. Sie haben während der letzten Nacht eifrig daran gearbeitet, ihre Linien westlich von Kiangwan zu verstärken und die Zahl der Maschinengewehrnester, die ein so bedeutendes Hindernis für die japanische Offensive bilden, zu vermehren. Den Sonderkorrespondenten des Reuterbüros wurde von den chinesischen Soldaten überall versichert, sie seien entschlossen, jeden Zoll breit Boden zu verteidigen.

Das genannte Büro meldet dann um 10.55 Uhr morgens: Heute vormittag haben die Japaner einen Durchbruchsversuch an der Tschapei-Front begonnen. Nach mehrstündiger Artillerievorbereitung setzte sich um 9,30 Uhr die japanische Infanterie, unterstützt von Tanks und von dem Schnellfeuer der Artillerie und den Bombenangriffen der Flugzeuge, in Bewegung. Während die internationale Niederlassung, die in strahlendem Sonnenschein gebadet ist, äußerlich ein verhältnismäßig ruhiges Bild darbot, ist die Luft erfüllt von dem Knattern der Maschinengewehre und dem Donner der Geschütze. Trotz der heftigen Kanonade und der ständigen Bombenabwürfe aus der Luft halten die chinesischen Truppen tapfer stand und antworten mit Grabenmörsern und Maschinengewehren. Einige Beherzte springen auch aus der Deckung hervor, laufen vorwärts und werfen Handgranaten gegen die anrollenden japanischen Tanks. Gegenwärtig tobt die Schlacht in voller Stärke.

Nach amtlichen japanischen Berichten ist es einem japanischen Infanteriebataillon und einer Abteilung Marineschützen gelungen, das chinesische Krankenhaus der Baptistenmission und die Hälfte des Nordfriedhofes von Tschapei zu besetzen.

Chinesischer Angriff auf Ninguta

Reuter berichtet aus Charbin, 29. Febr.: 3000 chinesische Soldaten sollen gestern abend Ninguta angegriffen und mehrere Häuser von Japanern und Koreanern geplündert haben.

Kapitulation eines chinesischen Generals in der Provinz Kirin

Nach einer Meldung aus Mukden hat sich General Tingtschau mit seinen Truppen der Regierung der Provinz Kirin ergeben.

Wie groß sind Japans Menschenverluste?

Nach einer Mitteilung des Kriegsamtes in Tokio betrugen die japanischen Verluste bis zum Abend des 27. Februar 114 Tote (darunter neun Offiziere) und 980 Verwundete (darunter 23 Offiziere). Der Times-Korrespondent in Schanghai dagegen berichtet, daß die japanischen Verluste bis zur genannten Zeit 255 Tote und 1475 Verwundete betrugen.

Karachan gestattet Truppentransport auf der Ostchinabahn

Aus Moskau wird berichtet: Auf die Bitte der japanischen Regierung um die Zustimmung der Sowjetunion für Absendung japanischer Truppen bis zur Station Imanpo, im äußersten Falle bis Chailin, um die in dieser Gegend lebenden Japaner zu schützen, erwiderte Karachan, die Sowjetregierung sei ausnahmsweise bereit, dem Sowjetteil der Direktion der Ostchinabahn die Weisung zu geben, den Transport japanischer Truppen in beschränkter Zahl von Charbin bis zur Station Imanpo, im äußersten Falle bis zur Station Chailin, zu erlauben.

Karachans Antwort lautet: Der Transport japanischer Truppen auf der Ostchinabahn steht in gewissem Widerspruch zu dem zwischen der Sowjetunion und Japan 1925 in Peking abgeschlossenen Vertrage, demgemäß der Portsmouther Vertrag in Kraft bleibt. Da sich jedoch die japanische Regierung auf besondere Umstände beruft, die sie dazu veranlaßten, sich mit der Bitte an die Sowjetregierung zu wenden, den Transport japanischer Truppen auf der östlichen Linie der Ostchinabahn zu gestatten, ist die Sowjetregierung bereit, als Ausnahme und provisorische Maßnahme dem Sowjetteil der Direktion der Ostchinabahn die Weisung zu geben, den Transport japanischer Truppen in beschränkter Zahl von Charbin bis zur Station Imanpo, im äußersten Falle bis zur Station Chailin, zu erlauben. Die Sowjetregierung macht ihre Einwilligung jedoch von der Versicherung der japanischen Regierung abhängig, daß die japanischen Behörden und das Kommando die Rechte und Interessen der Sowjetunion auf der Ostchinabahn in keinem Falle verletzen.

Sowjetrußland fragt weiter

In seinem Schreiben stellt Karachan außerdem dem Botschafter Hiroa

zwei mit dem Portsmouther Vertrag in Zusammenhang stehende Fragen

mit der Bitte, diese der japanischen Regierung mit dem Ersuchen um Aufklärung zu übermitteln. Erstens verpflichteten sich Rußland und Japan im siebenten Artikel des Portsmouther Vertrages,

die Eisenbahnlinien in der Mandschurei nur kaufmännisch und industriell, auf keinen Fall aber zu strategischen Zwecken zu benutzen.

Die Benutzung der Ostchinabahn seitens Japans zu strategischen Zwecken führt zur Verletzung des Portsmouther Vertrages. Die Sowjetregierung, die diesen und auch andere Artikel des Portsmouther Vertrages strengstens befolgt, fragt, ob sie darauf rechnen kann, daß die japanische Regierung und das japanische Kommando gleichfalls den siebenten Artikel des Portsmouther Vertrages in bezug auf die Ostchinabahn beachten werden.

Zweitens: Die Sowjetregierung verfügt über beglaubigte Nachrichten, daß in letzter Zeit

japanische Truppen in den Gebieten in der Nähe der koreanischen und der Sowjetgrenze zusammengezogen

werden, was dem zweiten Artikel des Portsmouther Vertrages widerspricht. Die Sowjetregierung möchte von der japanischen Regierung hierüber Aufklärung erhalten.

Der japanische Botschafter versprach, diese Anfrage [illegible] nach Tokio zu drahten.

Militärische Vorbereitungen Rußlands

Wie Reuter aus Tokio meldet, hat der japanische Konsul in Wladiwostok seinen vorgesetzten Behörden über angebliche militärische Vorbereitungen Rußlands in der China angrenzenden Provinz Ussuri berichtet. Danach sollen in der Nähe von Wladiwostok beträchtliche Truppenmengen zusammengezogen worden sein und in Sedanka an der Amur-Bay sowie an der Olga-Bay technische Verteidigungsvorbereitungen im Gange sein. Die Eisenbahnstrecke im Ussuri-Distrikt wurde von Freiwilligen bewacht. Der Konsul meint in seinem Bericht, Rußland rechne mit Konflikten, sei es wegen des Mandschurei-Problems oder wegen der Frage der Fischereigerechtsame.

Die Völkerbundskommission in Tokio

Aus Tokio, 29. Febr., kommt die Meldung: Die Untersuchungskommission des Völkerbundes für die mandschurische Frage ist heute früh hier eingetroffen.

Japan für Einberufung einer Konferenz nach Schanghai

In Regierungskreisen in Tokio gibt man zu verstehen, daß Japan geneigt sei, im Einverständnis mit den Mächten den chinesisch-japanischen Konflikt in einer nach Schanghai einzuberufenden Konferenz am Runden Tisch zu beseitigen. Man glaubt, Japan werde einverstanden sein, daß Ruhe und Ordnung in der neutralen 20-Klm.-Zone durch Truppen der fremden Mächte aufrechterhalten würden, nachdem die Chinesen sich zurückgezogen hätten. Auf japanischer Seite wird man jedoch darauf bestehen, daß der chinesische Rückzug vor der Konferenz beendet ist. Die Konferenz wird sich auf die Erörterung der Wirren in Schanghai beschränken und das mandschurische Problem außer acht lassen. Man erklärt, daß es der Politik der Regierung entspreche, den Sachverständigen möglichste Freiheit zu lassen.

Japan kommt in Finanzsorgen

Der amerikanische Handelsattachee in Tokio berichtet, es sei zu erwarten, daß der China-Feldzug Japans bereits gespannte Finanzlage noch bedeutend schwieriger gestalten werde, jedenfalls seien innere Anleihen notwendig.

Völkerbundsversammlung unzweckmäßig?

Aus Genf, 29. Febr., wird gemeldet: Die Sitzung des Zwölferausschusses, die ursprünglich der Vorbereitung der außerordentlichen Völkerbundsversammlung gelten sollte, hat sich in der Hauptsache mit der Möglichkeit eines Waffenstillstandes in Schanghai zu befassen. Von japanischer Seite wird darauf hingewiesen, daß an Bord eines britischen Kriegsschiffes bereits Verhandlungen hierüber aufgenommen seien, und daß der Zusammentritt der Völkerbundsversammlung in diesem Augenblick unzweckmäßig wäre. Der Zwölferausschuß hat über diese Angelegenheit zu entscheiden.

Wie Reuter aus zuverlässiger Quelle in Tokio erfährt, hat der britische Admiral Kelly an Bord seines Flaggschiffes Besprechungen zwischen den japanischen Admiralen Nomura und Matsuoka einerseits und Wellington Koo und dem Generalstabschef der 19. chinesischen Armee andererseits, bei denen er selbst anwesend war, vermittelt, um über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung zu beraten.

Amerikas Standpunkt

Aus Washington meldet das Reuterbüro: Zu der Meldung, daß Japan ein neues Waffenstillstandsangebot mache, demzufolge die Japaner sich auf eine gewisse Distanz zurückziehen wollen, falls die Chinesen bis auf eine Entfernung von 20 Kilometer von Schanghai zurückgehen, wird von hiesiger chinesischer maßgebender Seite erklärt, daß die Vereinigten Staaten es ablehnen würden, irgendwelche japanische „Erfolge", sei es in Schanghai oder in der Mandschurei, anzuerkennen, die unter Verletzung bestehender Verträge erlangt worden seien. Von maßgebender amtlicher Seite wird zu der ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung in der Boykottfrage erläuternd bemerkt, ein Boykott könnte leicht zu einem Kriege führen und würde auch zur Stillegung der verschiedenen Industrien aller beteiligten Länder führen, was auf einen Krieg gegen die Zivilbevölkerung hinauslaufen würde. Die hierdurch geschaffene Erbitterung würde wiederum zu Gewalttaten gegenüber Bürgern der am Boykott beteiligten Länder führen, die in dem Boykottlande leben, und umgekehrt.

Die Chinesen halten ihre Stellungen bei Tschapei

Aus Schanghai, 29. Febr., wird gemeldet: Die Japaner unternahmen seit heute früh drei von Artillerie und Fliegern unterstützte Angriffe auf Tschapei, aber die Chinesen eroberten das ganze Gelände, das sie verloren hatten, wieder zurück. Sie halten jetzt dieselben Stellungen, die sie am Morgen einnahmen.

Wiederaufleben der Lappo-Bewegung in Finnland

Aus Helsingfors, 28. Febr., wird gemeldet: Bewaffnete Abteilungen der Lappo-Bewegung stürmten gestern in der Ortschaft Maentsaele in Südfinnland eine sozialistische Versammlung, indem sie das Gebäude umzingelten und in die Luft schossen. Die Lappoabteilungen halten auch heute noch die Ortschaft besetzt. Die Lappoleitung mobilisierte am Sonntag in verschiedenen Gemeinden mehrere tausend Anhänger und verlangte den Rücktritt des Innenministers und des Departementpräfekten sowie die Auflösung aller sozialistischen Organisationen. Die Regierung ist zusammengetreten, um über die Lage zu beraten. Den umlaufenden Gerüchten zufolge erwägen die Lappo-Anhänger die Möglichkeit, nach Helsingfors zu marschieren, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. Im Verlaufe der bisherigen Demonstrationen wurde niemand getötet oder verletzt.

Eine Nachricht aus Stockholm vom 29. Febr. meldet: Aus Helsingfors wird gemeldet, daß während des Sonntags rund 2000 Mann aus Tavastland und dem westlichen Teil Finnlands in Maentsaele eintrafen. Weiterer starker Zuzug wird heute erwartet. Wie verlautet, beabsichtigen die Lappoanhänger, nach Helsingfors zu marschieren. An der gestrigen Kabinettssitzung nahmen u. a. auch der Armeebefehlshaber Sihvo und der Chef des Generalstabes, Oesch, teil.

Heute Nacht wurden die Straßen nach Maentsaele von Aufständischen besetzt. Alle Passanten wurden durchsucht. Heute früh wurden alle Eisenbahnzüge von Militär und Polizei an der Station Fredriksberge, außerhalb von Helsingfors, angehalten und untersucht.

Nach einer Meldung des Helsingforser Korrespondenten der Zeitung Socialdemokraten soll der frühere Chef des Generalstabes, Wallenius, der Führer der Bewegung sein. Auch in Samäjoki finden Konzentrationen statt. Der Lappoführer Kosola sprach gestern abend in Masa, begab sich aber unmittelbar nach der Versammlung nach Samäjoki. Der Befehlshaber des Schutzkorps, General Malmberge, hat sich „Svenska Dagbladet" zufolge mit Flugzeug nach Helsingfors begeben. In Tammerfors hatte der Korrespondent des „Svenska Dagbladet" mit Kosola eine Unterredung, der erklärte, die Lage werde jetzt äußerst kritisch werden. Das Programm der Lappobewegung sei eine Aenderung des Systems, das in den letzten Jahren in Finnland geherrscht habe.

Eine spätere Meldung berichtet: Die Zahl der in Mäntsälä versammelten Lappoleute wird von der finnischen Telegraphenagentur auf etwa 3000 geschätzt. Nach Angaben der gleichen Stelle haben bisher keine Kämpfe stattgefunden. Das Militär, das regierungstreu ist, hat umfangreiche Schutzmaßnahmen getroffen. Es ist mit der Verhängung des Belagerungszustandes zu rechnen.

In einer Unterredung, die der Vertreter der Finnischen Telegraphenagentur mit einem der Leiter der Mäntsälä-Männer hatte, erklärte der Betreffende, hinter der Bewegung ständen große Gruppen in den verschiedensten Teilen des Landes. Diese strebten nicht danach, das Land zu führen, da dazu geeignetere Kräfte vorhanden seien. Sie forderten aber, daß der Marxismus mit der Wurzel ausgerissen und daß anstelle der jetzigen Regierung eine Regierung geschaffen werde, die diese Aufgaben zu lösen verstehe. Die Mäntsälä-Männer hätten am Sonntag einen Aufruf an den Präsidenten der Republik gerichtet, worin sie ihre Forderungen und Ziele dargelegt haben. Eine Frage, ob die Männer einen Marsch nach Helsingfors planten, wurde damit beantwortet: „Was hätten wir da zu tun?" Der Chef des freiwilligen Schutzkorps teilte mit, alle Gerüchte über eine Alarmierung des Nordens zu einem Marsch gegen Mäntsälä seien unzutreffend.

Statt besonderer Anzeige

Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, er wird's wohl machen. Ps. 27,5.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, heute Mittag 12 Uhr meine liebe gute Mutter, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Witwe Albert Peters

Emma geb. Pickhardt

nach langem, mit Geduld ertragenem Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, im Alter von 70 Jahren 9 Monaten, in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Karl Peters
und Anverwandte.

Hürringhausen, den 27. Februar 1932.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 2. März, nachmittags 2.30 Uhr, vom Sterbehause in Hürringhausen aus.

Statt besonderer Anzeige



Heute morgen 2 Uhr starb nach längeren mit größter Geduld ertragenen Leiden, unsere herzensgute Schwester und Schwägerin

Fräulein

Adolfine Germer

im Alter von beinahe 75 Jahren.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm van den Speulhof u. Frau
Antonie geb. Germer.

Düsseldorf (Witzelstr. 30),
den 27. Februar 1932.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 2. März, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Burscheider Friedhofes aus statt.

MGV „Cäcilia" Burscheid

Mitglied des Westdeutschen Chorverbandes
(Ortsgruppe Burscheid)
Dirigent: Chormeister Josef Schmitz, Hilden.

Sonntag, den 6. März
im Lokale „Zur alten Post" (Urbahn)

Frühjahrs-Konzert

bei Stuhlreihen.

Mitwirkende:

Gem. Chor „Polyhymnia" Hilden
Dir. Chormeister Jos. Schmitz, Hilden
Salon-Orchester des Ölb. Musik-Vereins.

Eintrittspreis 0,50 RM
Erwerbslose 0,25 RM — Anfang 6 Uhr.

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben bei den Mitgliedern und an der Kasse.

Die verehrten passiven Mitglieder sind besonders herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Geschäfts-Verlegung!



Den geehrten Bewohnern von Burscheid u. Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Geschäft von **Hauptstraße 3** nach



Hauptstrasse 16

in das Haus der **Sattlerei Haas** verlegt habe.

Ich danke meiner verehrten Kundschaft für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen und bitte gleichzeitig, mein Unternehmen auch weiterhin gütigst - - - - - zu unterstützen. - - - -

Bernhard Kremer
Uhren, Gold- und Silberwaren, Optik.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Sektion Hilgen)

Hitler, Hindenburg oder Thälmann!

Aufstieg, Niedergang oder Chaos!

Über dieses Thema spricht am **Mittwoch, den 2. März,** im Saale des Herrn **Hirschfelder**

Pg. Früh, Wuppertal
in
öffentlicher Volksversammlung

Erscheint in Massen!

Unkostenbeitrag 20 Pfg. — Beginn 8.30 Uhr

Schluß jetzt — Wir wählen Hitler!

Große öffentliche Wahlkundgebung

am **Donnerstag, 3 März,** in der **Schützenburg, Burscheid.**

Es spricht **Pg. Quabeck-Essen** über das Thema:

„Hitler Reichspräsident!"

Einlaß 7.30 Uhr. Beginn 8.30 Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pfg. Kostenlose Erwerbslosenkarten bei den Parteigenossen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Burscheid.

Schwitze und bade Dich gesund

Kurbad J. Hammerschmidt

Opladen, Humboldtstraße 19—23

Mittwochs billiger Badetag. 1 Wannenbad 60 Rpf. Alle med. Bäder und Anwendungen **10 Proz. Preissenkung**

Der diesjährige

Schützenball

mit vielen Überraschungen

findet wie alljährlich am **Samstag, den 5. März,** abends 8 Uhr, in der **Schützenburg** statt.

Einführungskarten zu 1.— RM sind bei den Mitgliedern, in der Schützenburg und an der Abendkasse zu haben.

Burscheider Schützenverein.

Leupin-Creme u. Seife
vorzügliches Hautpflegemittel
seit Jahren glänzend bewährt
bei **Flechte, Jucken,**
Ausschlag, Krätze, Hämorrhoiden
Beinschaden, Wundsein u. s. w.

Colonia-Drog. Leo Becker
Hauptstr. 29.

2 schöne

Zimmer

zu vermieten.

Walter Störtte
Hilgen Nr. 4b.

3 Zimmer-Wohnung

von älterem kinderlosen Ehepaar baldigst gesucht.

Offerten unter H. J 49 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten

3-4 Zimmer-Wohnung

1. Etage mit Zentralh., kompl. einger. Badez., zum 1. 4. zu vermieten.

Franz Schützenmeier
Hilgen

Otto Renzmann

Baustoffhandlung
Heide-Hilgen
Fernsprecher Amt Burscheid 527

Waggon Portland-Zement
Bausackkalk und Zement-Schwemmsteine unterwegs
Lieferung ab Waggon zu ermäßigten Preisen.
Erbitte Anfragen.

Gelbfleischige

Industrie-Kartoffeln

per Zentner 4.— Mark, hat abzugeben

Josef Jenniges
Oberwietsche bei Burscheid
Fernsprecher 303.

Viehmärkte vom 29. Februar 1932.

	Köln	Düsseldorf	Essen	Dortmund	Elberfeld	Barmen	Aachen	Kassel
Auftrieb								
Großvieh	1225		416	639	810	67	—	182
Ochsen	316	44	20	28	172	4	15	16
Bullen	163	81	87	95	87	36	3	28
Kühe	589	212	208	449	393		96	55
Färsen	119	50	89	27	68	24	34	73
Fresser	36	14	16	10	90	3		—
Kälber	1375	674	652	560	496	19		185
Schafe	44	2	31	2			—	7
Schweine	4882	2766	2646	2397	2701	650	838	415
Ziegen	—		—		—		—	
Preise								
Ochsen								
voll fl., ausgem. 1. j.	32—35	33—36	—	—	33—35	—	—	—
2. ältere	27—30	—	32—34	—	—	—	—	—
sonst. vollfl. 1. jüng.	28—31	29—32	—	31—33	28—32	—	33—36	27—28
2. ältere	23—27		26—28	—	—	—	29—31	27—28
fleischige	—	23—27	—	27—29	—	—	—	—
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Bullen								
jüngere vollfleisch.	27—30	27—30	29—31	30—32	29—31	28—30	—	31
sonstige vollfleisch.	21—26	23—26	26—28	27—29	24—28	25—28	27—28	25—27
fleischige	—	19—22	23—25	24—26	—	—	—	21—23
gering genährte	—	—	—	—	—	—	—	—
Kühe								
jüngere vollfleisch.	27—31	28—30	28—31	30—32	28—30	—	28—30	27—29
sonst. vollfleischige	23—26	24—27	25—27	26—29	24—27	—	25—27	23—26
fleischige	18—22	20—23	21—24	22—25	19—23	—	20—24	20—22
gering genährte	—	15—19	15—20	18—21	—	—	—	10—18
Färsen								
vollfleisch. ausgem.	31—34	31—35	33—35	33—35	32—34	31—34	—	35
vollfleischige	26—30	26—30	30—32	29—32	24—31	—	24—28	26—30
fleischige	—	21—25	26—28	26—28	—	—	20—23	22—25
Fresser								
mäß. gen. Jungv.	20—26	14—20	22—24	—	20—24	—	—	19—20
Kälber								
Doppellender	42—61	—	—	—	—	—	—	—
best. Mast- u. Saugk.	38—45	37—43	40—44	42—44	40—44	—	—	—
mittlere M.- u. S.	32—37	29—36	32—38	35—40	35—39	—	—	35—37
geringe	26—30	20—28	20—30	26—34	25—34	—	—	30—34
Schafe								24—29
Mastl. u. j. Masth.								
1. Weidemast	—	—	35—37	—	—	—	—	—
2. Stallmast	—	—	—	—	—	—	—	—
m. Mastl., ä. Masth.			—					
u. gut gen. Schafe	—	—	—	—	—	—	—	—
fleischiges Schafv.	28—32	—	—	—	—	—	—	—
Sauglämmer	—	—	—	—	—	—	—	—
S. weine								
a) ü. 300 Pfd. L.-G.	43—47	—	—	—	45—47	—	—	—
b) 240—300 Pfd	43—47	42—46	43—46	45—47	45—47	45—47	—	41—44
c) 20—240 Pfd	42—47	42—46	43—46	45—47	45—47	45—47	48—49	37—42
d) 160—190 Pfd	40—45	41—45	41—44	43—45	42—44	42—46	46—47	35—40
e) 12[illegible]—160 Pfd.	36—42	36—42	37—40	39—42	40—41	40—44	43—45	35—40
f) unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—	—	—
Sauen	33—38	29—35	30—40	37—42	35—40	—	—	37—43

Geschäftsgang:

Köln. Großvieh: Beste Tiere auch noch höher bezahlt und gesucht; im übrigen ruhig geräumt. Kälber und Schafe: Ruhig. Schweine: Anfangs belebt, später stark abgeflaut.
Essen. Großvieh: Schleppend. Kälber, Schafe und Schweine: Ruhig.
Düsseldorf. Großvieh: Langsam. Kälber: Schlecht. Schweine: Langsam.
Dortmund. Großvieh: Geringer Ueberstand; langsam. Kälber: Langsam; geräumt. Schweine: Mittel; geräumt.
Elberfeld. In allen Gattungen: Langsam; Großvieh geringer Ueberstand, Kleinvieh geräumt.
Barmen. Großvieh: Mittel; Ueberstand. Schweine: Mittel.
Aachen. Großvieh: Langsam, geräumt. Schweine: Langsam; geräumt.
Kassel. In allen Gattungen: Mittelmäßig; später abflauend; leichte Schweine schwer verkäuflich.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben — Als Unterschied zwischen Stallpreis und Marktpreis sind angemessen bei Rindern 20 Prozent, bei Kälbern und Schafen 18 Prozent, bei Schweinen 16 Prozent. — Bei Schweinen L.-G. = Lebendgewicht.

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — **Burscheider Zeitung** — Nr. 51 2. Blatt — Dienstag, 1. März 1932

März

Der Monat März ist gekommen. Schon allein wenn wir seinen Namen hören, empfinden wir das erste Frühlingsahnen. Es ist kein Zufall, daß der Monat März, der nach unserem Kalender der dritte des Jahres ist, nach der römischen Zeitrechnung der erste Monat war. Seine Name lautete ursprünglich Primus, der Erste, und wurde erst später in Martius abgeändert. Der erste Monat des Jahres wurde somit dem Kriegsgott Mars geweiht. Aber nicht allein, um damit den Gedanken der Wehrhaftigkeit des römischen Volkes zu propagieren, sondern, weil man glaubte, daß Mars der Gott sei, der dank seiner kriegerischen Tüchtigkeit die Aecker und Fluren am besten gegen Feinde und Diebe verteidigen könne. Im März beginnt ja auch wieder die Arbeit des Landwirts. Die Winterruhe ist vorüber, die Felder müssen bestellt und gedüngt werden. Es ist gleichsam, als ob die Welt zu neuem Leben erwache.

Auch wir erhoffen von dem Monat März dieses Jahres wesentliche Erleichterungen für unsere Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit, die so furchtbar auf dem gesamten Wirtschaftskörper lastet, hat ihren höchsten Punkt erreicht. Zur Zeit des Höhepunktes gab es über sechs Millionen Erwerbslose in Deutschland, eine geradezu ungeheuerliche Zahl, wenn man bedenkt, welch' andere gewaltige Lasten auf uns ruhen. In einer Reihe von Außenberufen wird im März die Arbeit wieder aufgenommen. Es ist, falls nicht noch ein empfindlicher Witterungsumschlag eintritt, mit einer Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Wenn die Erleichterungen zunächst auch nicht sehr stark für die Allgemeinheit in Erscheinung treten werden, so kommt das daher, daß die im Verhältnis zur Depression noch relativ zurückgebliebene Arbeitslosigkeit allein deshalb nicht noch höhere Ausmaße angenommen hat, weil in vielen Betrieben Kurzarbeit, die Fünftagewoche und Feierschichten eingeführt worden sind.

Aber in dem Augenblick, da der März, der Lenzmonat, wie er im altdeutschen Kalender hieß, einzieht, wollen wir nicht trüben Erwägungen nachgehen, sondern mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Die Natur erwacht zu neuem Leben. Es beginnen bereits im März viele Singvögel, die uns während der Wintermonate verlassen, zurückzukehren. Der erste Künder des herannahenden Frühlings ist der Star. Sein helles klangvolles Pfeifen, Schnalzen und Schnarren ist gleichsam ein Abgesang des scheidenden Winters. Bald kehren Rotkehlchen, Hohltaube, Singdrossel und die graue Bachstelze zurück. Gegen Ende des Monats folgt der Wiesenpieper und die Rauchschwalbe. Den Sonntag Oculi haben wir schon mit dem letzten Februarsonntag gehabt, denn Ostern fällt in diesem Jahre verhältnismäßig früh auf den 27. und 28. März.

In dem Augenblick, da die Landwirtschaft wieder mit der Arbeit beginnt, spielt die Frage der künftigen Ernte eine große Rolle. Viele Bauernregeln wollen Auskunft geben, aber ob es in diesem Jahre stimmt? Doch handelt es sich nicht immer um Prophezeiungen, sondern auch um Beobachtungen in der Natur, die in hübsche Formen gefaßt sind. So heißt es:

„Ein grüner März erfreut kein Bauernherz."
„Was der März nicht will, holt sich der April; was der April nicht mag, steckt der Mai in den Sack!"

Ein kalter März schadet der Landwirtschaft nicht. Dagegen soll er trocken sein. Bauernregeln besagen:

„Im Märzen kalt und Sonnenschein,
wird eine gute Ernte sein."

Dagegen:

„Märzenschnee tut den Saaten weh."
„Auf März nregen folgt kein Sommersegen."
„Wenn's donnert in den März hinein,
wird eine gute Ernte sein."

Bekannte Lostage im März sind der Josefstag am 19. und Mariä Verkündigung am 25. Aber der wichtigste Tag ist der 21. März: Frühlingsanfang!

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der RDG

Feldsalat 13—24; Wirsing gelb 3,2—5; do. grün 5—9,1; Dauerrotkohl 2,5—5,4; Dauerweißkohl 2,5—3,4; Rosenkohl 11—18; Grünkohl 2,7—3,8; Rote Möhren 3—4,3; Rote Beete 3,1—4,2; Sellerie 1. Sorte 5,5—12,5; Sellerie 2. Sorte 2,5—5; Porree 1. Sorte 2—4,2; Porree 2. Sorte 1—1,9; Kohlrabie 0,8—1,5; Erdkohlrabie 1,8—2,1; Birnen 7; Schnittlauch 4,8—5; Hühnereier 6,1—7,4; Enteneier 6,1—6,2.

Tendenz: Anfuhr gut, Nachfrage gut.

Aus der Heimat

Hochbetagtes Ehepaar

Am morgigen Mittwoch, den 2. März, wird Herr Albert Thiel in Benninghausen 84 Jahre alt und am Dienstag, den 15. März, kann seine Frau, Hulda geb. Siebel, ihren 83. Geburtstag begehen. Das hochbetagte Ehepaar, das bereits im Jahre 1924 seine Goldene Hochzeit feiern konnte, erfreut sich noch verhältnismäßig guter Gesundheit und nimmt noch regen Anteil an den Ereignissen in nah und fern.

Auch wir gratulieren herzlichst zu den seltenen Wiegenfesten und wünschen dem Ehepaar Thiel einen weiteren segensreichen Lebensabend im Kreise seiner Familie.

Sprechstunden der Kreisfürsorgerin

Am morgigen Mittwoch, den 2. März, werden nachmittags von 4—6 Uhr im Rathaus, Zimmer 9a, die Sprechstunden der Kreisfürsorgerin abgehalten.

Untersuchung der Schulneulinge

Die Untersuchung der Schulneulinge durch den Kreiskommunalarzt wird am morgigen Mittwoch, den 2. März, fortgesetzt und zwar 15,15 Uhr Knaben und 16 Uhr Mädchen der hiesigen katholischen Schule sowie 16,30 Uhr die Schulneulinge der Schule zu Sträßchen.

Versammlung der NSDAP in Hilgen

Ueber das Thema „Hitler, Hindenburg oder Thälmann, Aufstieg, Niedergang oder Chaos" spricht am morgigen Mittwoch, den 2. März, abends 8,30 Uhr, im Hirschfelder'schen Saale in Hilgen Pg. Früh-Wuppertal in einer öffentlichen Volksversammlung der Sektion Hilgen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Siehe auch Anzeige in vorliegender Ausgabe.

Seeabrüstung und Reichsmarine

Am morgigen Mittwoch, den 2. März, 19,30 Uhr, überträgt der Westdeutsche Rundfunk aus Berlin einen Vortrag von Admiral Zenker über Seeabrüstung und Reichsmarine.

Theaterabend in Groß-Oesinghausen

Zum vergangenen Sonntag hatte der Groß-Oesinghausener Turnerbund zu einem Theaterabend aufgerufen. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage war der Jungmann'sche Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden wurde ein lebendes Bild gezeigt, das von einem sinnvollen Prolog begleitet war. „Des Schmugglers Edelstein" hieß das Theaterstück, das nun über die Bretter ging. Alle Spieler waren mit Leib und Seele bei der Sache, sodaß die Aufführung eine sehr gute war, was der reiche Beifall zeigte. Ein gemütliches Tänzchen hielt die Besucher noch einige Stunden zusammen.

Mit Stolz darf der Turnerbund auf seinen Theaterabend zurückblicken, der noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Der Kreisverband des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten tagte

Am Sonntag tagte im Lokale Hohns in Opladen der Kreisverband des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten pp. Der Kreisvorsitzende begrüßte die zahlreichen Delegierten und insbesondere den Gausekretär Kamerad Lathe-Wuppertal. Aus dem erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Kriegsopfer durch die Notverordnungen des verflossenen Jahres größte Enttäuschungen und Entrechtungen erfahren haben. Es wurden den Delegierten Bericht über die Fürsorge-Angelegenheiten gegeben, sowie über das Schwerbeschädigten-Gesetz und Richtlinien angegeben betr. Unterbringung und Beschäftigung der Schwerkriegsbeschädigten. Der Mitgliederbestand hielt sich trotz der Notzeit auf der alten Höhe. Mit dem Kassenbericht bewies man, daß die Finanzen gewissenhaft verwaltet werden und eine stabile Grundlage aufweisen. Dem Vorstand wurde durch einstimmige Wiederwahl das beste Vertrauensvotum zum Ausdruck gebracht.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Gausekretär Lathe einen interessanten und lehrreichen Vortrag über „Die Notverordnung und ihre Auswirkung", der mit dankbarem Beifall aufgenommen wurde.

Das diesjährige Ortsgruppentreffen findet in Leverkusen statt. Der Zeitpunkt steht noch nicht fest. Von besonderer Wichtigkeit war die Anregung, mit anderen Kriegsopfer-Organisationen zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft in Verbindung zu treten.

Der rührige Kreisvorsitzende schloß die Versammlung mit dem Hinweis, das Jahr 1932 als Kampfjahr zu betrachten und stets zusammenzustehen nach dem alten Wehrspruch: Einer für alle, alle für einen.

Eine rheinische Unsitte

Wenn im Spätwinter und Vorfrühling die Gräser, Stauden und Dornsträucher des Vorjahres abgestorben und trocken geworden sind, dann fühlt sich der bergische Landwirt vielerorts bewogen, die Hänge und Böschungen, die mit solcher Bodenflora bewachsen sind, anzuzünden. Er glaubt, damit ein nützliches Werk zu tun, in der Meinung, recht viele Mäusenester, Schnecken und anderes schädliches Ungeziefer in dieser sogenannten „Wildnis" zu vernichten. Das ist leider ein großer Irrtum. Die Nester der Feldmäuse befinden sich nicht im trockenen Grase, sondern unter der Erde. Schneckenbrut und ähnliches Getier überwintert ebenfalls frostsicher in tiefen Lagen. Der beabsichtigte Zweck wird mit dem Abbrennen also nicht erreicht. Was aber wird erreicht? Anstelle der so mannigfachen Pflanzenwelt, die auf dem bescheidenden Randboden des kleinen Abhangs ihr Leben fristet, und manchem Naturfreunde durch die zarte Abstimmung ihrer satten Farbtöne eine stille Freude bereitete, starrt den Beschauer eine öde verkohlte Fläche an. Der Schlehdorn, der im Vorjahre noch so freundlich mit seinen weißen Blüten am schwarzen Holze den Frühling ankündigte, ist verbrannt; mit ihm in seinem Gezweige das Amselnest. Verbrannt und verkohlt ist die rankende wilde Brombeer, der goldblühende Ginster, der dem armen Boden aus der Luft den Stickstoff zuführte. Vernichtet ist die Brutstätte des Feldhuhns und des Fasans, jener beiden Vogelarten, von denen der gebildete Landwirt wissen sollte, daß sie die eifrigsten Vertilger der verhaßten Getreideschnecken, des Korbweidenkäfers und vieler anderer wirklicher Schädlinge sind. Auch die Niststätte der Lerchenarten, der Grasmücke, des Wiesenpiepers und anderer bodenbrütenden, nur nützlichen Singvogelarten ist zerstört. Und wenn jetzt ihre Feinde, der Sperber und der Habicht, flach übers Feld streichend mit plötzlicher Wendung ihren Ueberfall in den Hohlweg oder die Kiesgrube machen, so können das Feldhuhn und der Singvogel nicht mehr ins rettende Dorngestrüpp flüchten. Sie sind verloren und enden ihr Leben in den Dolchkrallen des Raubvogels.

Wenn der Mensch klüger sein will als der Naturschöpfer, wenn er nicht nachdenkt und noch nicht eingesehen hat, daß alles in der Welt seinen Zweck und seine Bestimmung hat, daß alles im Pflanzen- und Tierreich sich die Wage hält und ineinandergreift, dann wird er erst zu spät erkennen, daß man ungestraft kein Rädchen des feinen Uhrwerks der Schöpfung herausnehmen kann und daß die Störung des Gleichgewichts in der Natur eine Kurzsichtigkeit ist, die in allen Fällen zum Schaden des Ganzen ausschlagen muß.

Es mag sein, daß an manchen Orten es nicht erwachsene Menschen sind, die Feuer an die wenigen Schutzstellen unserer Vogelwelt legen, die unsere flache, schon reichlich verödete Kultursteppe noch aufweist. Vielfach mögen es Kinder und halbwüchsige Burschen sein, die sich einen Scherz erlauben wollen. Aber das ist sicher; vielfach sind es auch vernünftig sein wollende Menschen, die solche Torheit begehen.

Wenn alle aus den vorstehenden Zeilen zum Nachdenken angeregt werden, wenn die Bahnverwaltungen, wie es schon vielfach geschieht, ihre Bahndämme nicht nur nicht abbrennen, sondern gar noch mit Ginster, Dornarten und Akaziensträucher zu ihrer Befestigung und zum Schmucke der Gegend bepflanzen würden, wenn in den Schulen auch in dieser Hinsicht aufgeklärt und seitens der Behörden der Unfug des Abbrennens energisch verboten würde, dann hätten diese Zeilen ihren Zweck erfüllt und viele Menschen, die noch heute die Schönheiten der Natur höher einschätzen als den höchst zweifelhaften Gewinn von wenigen Quadratmetern schlechtester Ziegenweide, würden dann dankbar sein. In Dankbarkeit würde aber auch unsere Vogelwelt den Landwirt reichlich entschädigen durch massenhafte Vertilgung von Ungeziefer und durch ihren freudeerregenden Gesang.

Die Polizei im Februar

Für den abgelaufenen Monat Februar meldet die hiesige Polizei folgende Uebertretungen, die zur Anzeige gebracht wurden:

9 auswärtige Personen wegen Uebertretung der Straßenverkehrsordnung,
9 hiesige Personen wegen Uebertretung der Straßenverkehrsordnung,
2 hiesige Personen wegen Uebertretung der Kraftfahrzeugverkehrsordnung,
1 auswärtige Person wegen Uebertretung der Kraftfahrzeugverkehrsordnung,
1 auswärtige Person wegen Verübung groben Unfugs und ruhestörenden Lärms.

Bei der Amtsanwaltschaft wurden Verfahren eingeleitet gegen:

1 hiesige Person wegen Sonntagsarbeit,
1 auswärtige Person wegen eines Verkehrsunfalls,
1 auswärtige Person wegen Verdachts der Fundunterschlagung,
1 hiesige Person wegen eines Verkehrsunfalls,
1 hiesige Person wegen Bedrohung.

Bei der Staatsanwaltschaft wurden Verfahren beantragt gegen:

1 hiesige Person wegen §§ 267 und 269 des Strafgesetzbuches.

5 Unfälle wurden im Laufe des Februars gemeldet.

Rahmentarif der Metallindustrie gekündigt

Der Arbeitgeberverband im Rhein-Wupper-Kreis hat den tarifbeteiligten Metallarbeiterverbänden gegenüber den ab 1. März 1929 gültigen Rahmentarifvertrag für die Metallindustrie des unteren Kreises Solingen vorsorglich zum 30. April ds. Js. gekündigt. Die Abänderungsvorschläge der Arbeitgeber für die tarifliche Neugestaltung sind noch nicht bekanntgegeben.

20 bis 30prozentige Preissenkung bei den Kölner Stadttheatern

Um dem ständigen Absinken der Besucherzahlen entgegenzuwirken, hat die Kölner Stadtverwaltung beschlossen, die Eintrittspreise für Oper und Schauspielhaus mit Wirkung vom 1. März ab um etwa 20 bis 30 Prozent zu senken, womit die Kölner Städtischen Bühnen die billigsten Theater Westdeutschlands sind. Statt der bisherigen acht verschiedenen Preisreihen bestehen künftig nur noch fünf.

Im Opernhaus schwankt der Preis für 1. Parkett zwischen 3,50 und 6,40 Mark, für den 1. Rang zwischen 2,10 und 4,80 Mark, für den zweiten Rang zwischen 1,20 und 3,20 Mark, für die Gallerie zwischen 0,70 und 1,50 Mark.

Im Schauspielhaus beträgt der niedrigste Preis (Galerie) 0,50 Mark bis 1,25 Mark (Gastspielvorstellung).

In einer Erklärung der städtischen Theaterverwaltung heißt es u. a., daß diese Preissenkungsaktion sicherlich besuchsbelebend wirken werde. Die Verwaltung könne aber nach den bisherigen Erfahrungen leider nicht mit Sicherheit annehmen, daß eine Besuchsvermehrung in der Weise eintrete, daß der Einnahmeausfall wettgemacht werde. Aufgabe der Bürgerschaft sei es, den letzten Versuch einer Aufrechterhaltung der Bühnen als Pflanz- und Pflegestätten deutscher Kultur zu unterstützen.

Der DHV zur Reichspräsidentenwahl

Am Sonnabend und Sonntag tagte der Vorstand des Gaues Westmark im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, die gewählte Vertreterschaft der 18 000 Mitglieder des Gaues. Der Gauvorstand nahm Stellung zur Reichspräsidentenwahl und billigte einstimmig die Haltung des Verbandsvorstehers. Die unwahren und unsachlichen, parteipolitischen Angriffe im Westdeutschen Beobachter wurden aufs schärfste verurteilt. Der Gauvorstand sprach dem Gauvorsteher Knabl für seine überparteiliche, nur den Verbandsinteressen dienende Arbeit das uneingeschränkte Vertrauen aus. An den Verbandsvorsteher Bechly wurde das folgende Telegramm gesandt: „Der in Köln versammelte Gauvorstand des Gaues Westmark billigt einmütig Ihr Eintreten für Hindenburg und gelobt Ihnen erneut Treue und Gefolgschaft".

Die Hindenburgspende 1932

Die Hindenburgspende hatte bisher regelmäßig zu Ostern zur Schulentlassung und zum Geburtstag des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. Oktober Mittel bereitgestellt, um einer größeren Anzahl von Veteranen, Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen usw. Einzelbeihilfen in Höhe von 200 Mark zu gewähren. Insgesamt wurde für diese Zwecke jährlich der Betrag von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Wie die Wohlfahrts-Korrespondenz mitteilt, soll nunmehr als fester Zeitpunkt nur noch der Geburtstag des Reichspräsidenten bestehen bleiben, während im übrigen der sonst zu Ostern ausgeschüttete Anteil zur Unterstützung von Einzelfällen während des ganzen Jahres dienen soll. Der Gesamtbetrag, der im Jahre 1932 ausgeschüttet wird, soll wiederum wie in früheren Jahren 1 Million Mark betragen. Auf Anregung der Hauptfürsorgestellen wird aber der Unterstützungsbetrag von 200 auf 150 Mark herabgesetzt werden, so daß aus dem Gesamtbetrag mehr Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene eine einmalige außerordentliche Beihilfe erhalten können.

Der Hauptfürsorgestelle der Rheinprovinz ist für Beihilfen aus der Hindenburgspende ein Vorschlagsrecht für 268 Fälle zu je 150 Mark eingeräumt worden, die nach den neuen Richtlinien nicht zum Ostertermin, sondern im Laufe des Jahres 1932 berücksichtigt werden sollen. Dazu treten 268 Fälle, die zum Geburtstage des Reichspräsidenten von Hindenburg selbst am 2. Oktober bedacht werden. Ueber die Verteilung sind die Fürsorgestellen der Rheinprovinz durch ein besonderes Rundschreiben der Hauptfürsorgestelle unterrichtet worden.

Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931

Die Frist für die Zeichnung der 4½prozentigen steuerfreien Reichsbahnanleihe 1931 wird bis zum 31. März 1932 einschließlich verlängert; die bisherigen Einzahlungsfristen bleiben bestehen. Es sind demnach einzuzahlen sogleich bei der Zeichnung = 25 Prozent, am 2. April 1932 = 15 Prozent, am 18. Mai 1932 = 30 Prozent, am 15. August 1932 = 30 Prozent.

Das Recht der Anleihezeichner auf frühere Voll- oder Teilzahlung bleibt unberührt.

Verspätung der englischen Post

Wie die Oberpostdirektion Köln mitteilt, ist die englische Post über Harwich anstatt am 28. Februar um 22.47 Uhr erst am 29. Februar um 7.26 Uhr in Köln eingetroffen. Grund für die Verspätung ist Sturm im Kanal.

Verzeichnis der Postscheckkunden

Die Verzeichnisse der Postscheckkunden bei den Postscheckämtern im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1932 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Postscheckkunden erhalten die Verzeichnisse auf Wunsch von ihrem Postscheckamt unter Abbuchung des Preises von ihrem Konto; sie können sich auch den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postscheckamt sichern.

Eine Preisermäßigung für die Formblätter des Postscheckverkehrs

tritt mit dem heutigen 1. März in Kraft. Das Ueberweisungsheft kostet nur noch 55 Pfg., das Scheckheft 70 Pfg., ferner kosten die Ersatzüberweisungen 100 Stück 55 Pfg., die Zahlungsanweisungen 100 Stück 90 Pfg., die gelben Scheckbriefumschläge 50 Stück 30 Pfg. Auch für die von den Postscheckämtern gelieferten Zahlkarten und Formblätter mit anhängender Zahlkarte gelten bei Abnahme von 400 Stück an ermäßigte Preise, über die die Postscheckämter Auskunft erteilen.

„Grüß' mir mein Hawai . . " Für 207 Mark

Am 1. März wird in Deutschland der Fernsprechverkehr mit allen Teilnehmersprechstellen auf der Hauptinsel der Bermuda-Inseln und auf den Hawai-Inseln Oahu, Hawai, Kauai und Maui über die drahtlosen Verbindungen London—Newyork, Newyork—Bermuda sowie San Franzisko—Honolulu aufgenommen. Ein Dreiminutengespräch kostet nach Bermuda 171, nach den Hawai-Inseln Oahu 207, Hawai, Kauai und Maui 219 Mark.

Vernichtung der Raupen

Auf Grund des § 30 des Feld- und Forst-Polizeigesetzes vom 1. 4. 1880 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. 1. 1926 hat der Regierungspräsident in Düsseldorf unterm 31. 7. 1931 eine Polizeiverordnung erlassen, nach der im § 38 die Besitzer und Verwalter von Feld-, Garten- und Waldgrundstücken verpflichtet sind, ohne besondere Anforderungen Maßnahmen zur Vertilgung der Heuschrecken, Engerlinge, Maikäfer, Sperlinge, Hamster, Mäuse und Ratten zu treffen, wenn durch das Auftreten dieser Tiere ein erheblicher Schaden für die Feldfrüchte und Bäume zu besorgen ist.

Meldung über Devisen- und Goldgeschäfte

Die Solinger Industrie- und Handelskammer macht darauf aufmerksam, daß die Firmen, denen die Stelle für Devisenbewirtschaftung in Düsseldorf eine allgemeine Devisengenehmigung zur Bezahlung der Wareneinfuhr oder der mit der Einfuhr oder Ausfuhr zusammenhängenden Nebenkosten oder zum Ankauf und Verwendung von Gold zu gewerblichen Zwecken erteilt hat, bis zum 6. März ds. Js. auf besonderen Vordrucken der Stelle für Devisenbewirtschaftung in Düsseldorf unmittelbar alle die Geschäfte zu melden haben, die sie vom 1. bis 29. Februar auf Grund der allgemeinen Devisengenehmigung getätigt haben. Firmen, die ein besonderes Devisenkontobuch führen, benutzen Formblatt 1a, Firmen, die die allgemeine Genehmigung für die Bezahlung der Wareneinfuhr besitzen, melden auf Formblatt 1, Firmen, denen die allgemeine Genehmigung für die Bezahlung von Nebenkosten erteilt ist, gebrauchen Formblatt 2 und Firmen, die die allgemeine Genehmigung zum Erwerb und zur Verwertung von Gold zu gewerblichen Zwecken besitzen, verwenden Formblatt 1. Die Meldungen sind in doppelter Ausfertigung zu erstatten. Die Formblätter werden jetzt den Firmen unmittelbar von der Devisenbewirtschaftungsstelle zur Ausfüllung zugestellt. Sie haben die gleiche Farbe wie die allgemeine Genehmigung.

Kürzung der Höchstbeträge für März

Wie die Solinger Industrie- und Handelskammer erfährt, dürfen für März 1932 die Höchstbeträge in den allgemeinen Devisengenehmigungen für die Wareneinfuhr nur mit 65 Prozent statt bisher 75 Prozent in Anspruch genommen werden.

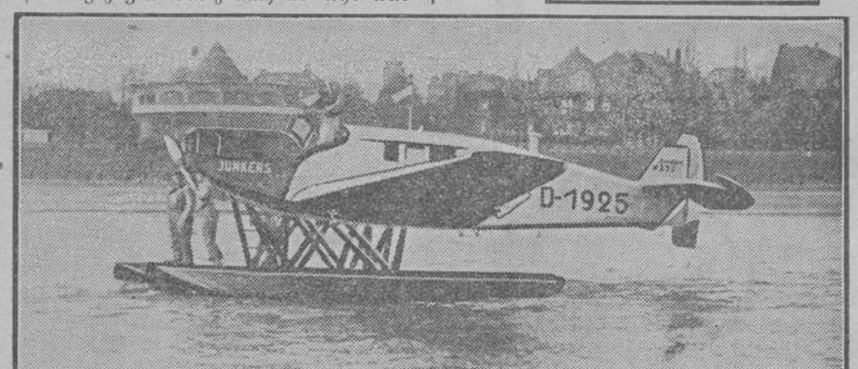
Verlegung der Geschäftsräume des französischen Konsulats

Die Geschäftsräume des französischen Konsulats in Düsseldorf sind von Achenbachstraße 3 nach Cäcilienstraße 11 verlegt worden.

Die Atlantis zum Asienflug gestartet

Das Junkersflugzeug „Atlantis" mit der Expedition Bertram ist gestern morgen, 10,15 Uhr, vom Rhein zu seiner ersten Etappe Köln-Friedrichshafen gestartet. Bei prächtigem Sonnenschein hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, um dem Start beizuwohnen. Die Eltern des Expeditionsleiters Bertram sowie Verwandte auch der übrigen Besatzung waren zum Start erschienen, um sich von den Fliegern zu verabschieden. Desgleichen war eine Schule Remscheider Schüler nach Köln gekommen, die Flugkapitän Bertram, der aus Remscheid stammt, als Beweis für ihren Lokalpatriotismus begeisterte Abschiedsgrüße zuwinkten. Das Flugwetter war sehr günstig. Beeinträchtigend wirkte nur die große Kälte sowohl auf den Start als auch wahrscheinlich auf die Durchfliegung größerer Höhen. Da das Flugzeug die ganze Nacht über bei 10 Grad Kälte auf dem Rhein gelegen hatte, mußten zuerst mehrere Einspritzungen gemacht werden, ehe die Maschine ansprang. Die Flieger hatten sich dick vermummt und schwere Pelzstiefel angezogen. Kurz nach 10 Uhr wurden dann die letzten Zollformalitäten erledigt, die Luftpolizei erschien noch einmal an Bord, letzte Abschiedsworte wurden ausgetauscht, dann wurde das Flugzeug von einem Motorboot abgeschleppt, rollte an und ging dann unter großem Jubel und „Glückab"-Rufen der Menge in die Höhe.





Der bekannte Ozeanflieger Bertram (oben) ist mit seinem Wasserflugzeug zu einem neuen Flug gestartet. Der Abflug erfolgte auf dem Rhein vor dem Kölner Ausstellungsgelände, als Ziel der Reise ist China vorgesehen.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Verhaftet

Berg. Neukirchen, 1. März. Gegen die beiden Täter der Einbruchsdiebstäle in Berg. Neukirchen hat das Amtsgericht Opladen Haftbefehl erlassen. Die Einbrecher wurden in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Einbruch in eine Mansarde

Leverkusen, 1. März. Einer Hausangestellten wurden aus der Mansarde ein größerer Geldbetrag und ein Lederkoffer gestohlen. Der unbekannte Täter hatte sich mit einem Nachschlüssel Einlaß in das Zimmer verschafft.

Das alte Lied . . . .

Leverkusen, 1. März. Bei der Dynamitfabrik sind in den letzten Tagen wieder einige Arbeiter entlassen worden. Hoffentlich bewahrheiten sich nicht die Gerüchte, daß auch die Firma Eumuco zu weiteren Einschränkungen gezwungen ist

Der Zwanzigmarkschein aus dem Jahre 1914

Leverkusen, 1. März. Um 20 Mark wurde dieser Tage eine ältere Frau aus Bonn geprellt, die hier mit Pflanzen gehandelt hatte. Auf dem Rüttersweg wurde sie von zwei jungen Burschen gebeten, ihnen einen Zwanzigmarkschein zu wechseln. Obwohl der Händlerin die Sache etwas verdächtig vorkam, händigte sie den Leuten für 20 Mark Silbergeld aus. Später mußte sie feststellen, daß ihr die Betrüger einen Zwanzigmarkschein vom Jahre 1914, der außer Kurs gesetzt ist, gegeben hatten.

Fahrraddiebe auf Tour

Leverkusen, 1. März. Fahrraddiebe haben sich nach Feststellung der Polizei wieder einmal Leverkusen als Tätigkeitsfeld ausersehen. Systematisch grasen sie einen Stadtteil nach dem andern ab, ohne daß man ihrer bisher habhaft werden konnte, obwohl sie von verschiedenen Leuten beim Diebstahl beobachtet wurden. Am Freitag um 11 Uhr wurde in der Nobelstraße ein Herrenrad gestohlen. Auch hier sah man den Dieb und verfolgte ihn durch die Breidenbachstraße, doch leider wieder ohne Erfolg. Kurz vorher wurde vor dem Wohlfahrtsamt in der Schulstraße ein Herrenfahrrad gestohlen. Als Diebe kommen wieder mehrere junge Burschen aus Köln in Frage, die sich in den letzten Tagen hier umhergetrieben haben.

Reichsarbeitsminister soll entscheiden

Leverkusen, 1. März. Hier war zwischen der Stadtverwaltung einerseits und der gemeinnützigen Baugenossenschaft ein lebhafter Meinungsstreit darüber entstanden, ob auf Grund der letzten großen Notverordnung auch bei der schwer verschuldeten und unter Zwangsverwaltung stehenden Baugenossenschaft die zehnprozentige Mietsenkung durchzuführen war. Die Stadtverwaltung stellte sich auf einen ablehnenden Standpunkt, während die Baugenossenschaft die Frage bejaht. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wandte sich die Baugenossenschaft beschwerdeführend an den Preissenkungskommissar Dr. Goerdeler. Wie jetzt gemeldet wird, hat dieser die Beschwerde an den Reichsarbeitsminister zur Entscheidung weitergeleitet.

Auf der Straße gestorben

Baumberg, 1. März. Vom Herzschlag getroffen wurde am Samstagvormittag ein Arbeiter auf offener Straße, als er im Begriffe war, zu seiner Arbeitsstelle nach Monheim zu gehen. Der sofort hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Seine Leiche wurde in die Wohnung überführt.

Waldbrand in Richrath

Richrath, 1. März In der Nähe der Gemeindebaracken am Eulenpflug, zwischen Richrather Straße und der Eisenbahnlinie, geriet Montag abend aus noch nicht ermittelter Ursache ein großer Teil des Wäldchens und des Heidegestrüpps in Brand. Das Feuer war anscheinend zuerst nicht beachtet worden, so daß es sich bis zu einer Breite von 150 bis 200 Meter ausdehnen konnte. Es drohte dann zeitweise auf die in der Nähe liegenden Wohnhäuser überzugreifen. Der Richrather Löschzug der freiwilligen Feuerwehr konnte diese Gefahr abwehren.

Seinen Verletzungen erlegen

Leichlingen, 1. März. Der vierjährige Knabe, der am Freitag beim „Flämmen" durch Feuerfangen der Kleider, wie berichtet, schwere Brandwunden erlitt, ist am Samstag gestorben.

Zwei Brände

Leichlingen, 1. März. In der Nacht von Samstag auf Sonntag entstand auf bisher ungeklärte Weise ein Scheunenbrand auf dem Hofe des Herrn H., Zwei Eichen. Die Scheune brannte mit geringen Getreidevorräten vollständig aus, noch bevor die herbeigeeilte Feuerwehr etwas retten konnte. Der Schaden ist, wie verlautet, durch Versicherung gedeckt. — In der Ortschaft Bremersheide brannte ein Stallraum ab. Eine umgestürzte Lötlampe soll die Ursache gewesen sein.

Herabsetzung der Jagdpachten

Dhünn, 1. März. Verhandlungen zwischen Jagdvorsteher, den Vertretern der Landwirtschaft und Jagdpächtern führten zu einer Einigung. Die Jagdpachtpreise wurden um 25. v. H. heruntergesetzt.

Herabsetzung der Jagdpachten

Hückeswagen, 1. März. Mit Wirkung vom 1. April werden in den hiesigen Jagdbezirken die Jagdpachten um 25 v. H. heruntergesetzt. Die zwischen den zuständigen Stellen erzielte Einigung betrifft die bis zum 31. März 1934 abgeschlossenen Pachtverträge.

Aus Westdeutschland

Straßenräuber auf frischer Tat festgenommen

Solingen, 1. März. Am Samstag abend, gegen 21 Uhr, wurde eine 55 Jahre alte Frau in Solingen-Gräfrath kurz vor ihrer Wohnung von zwei Männern überfallen. Während der eine ihr Pfeffer in die Augen streute, schnitt der andere die Handtasche ab, in der sich 217 Mark befanden. Beide ergriffen dann die Flucht. Auf die Hilferufe der Frau eilten Passanten herbei und nahmen die Verfolgung der Räuber auf. Als diese das bemerkten, warfen sie das Geld weg. Einer von ihnen, und zwar derjenige, der die Geldtasche an sich gerissen hatte, wurde aber eingeholt und festgenommen. Er ist ein 42jähriger Schleifer aus Höhscheid. In der letzten Zeit ereigneten sich in den verschiedensten Außenbezirken Groß-Solingens derartige Ueberfälle mehrfach in derselben Weise. Man nimmt daher an, daß diese Ueberfälle auch auf das Konto der beiden jetzt festgestellten Straßenräuber gehen.

Eine böse Ueberraschung

Wuppertal, 1. März. Die Verwaltung gab Montag abend Kenntnis von einer Ueberraschung, die wahrscheinlich bald die Runde durch die übrigen Städte der Rheinprovinz machen wird. Die Provinzialumlage, die man nach den bisherigen Feststellungen auf 775 000 Mark errechnet hatte, hat sich um die „Kleinigkeit" von ungefähr 425 000 Mark auf 1,2 Millionen Mark erhöht. Außerdem hat man soeben die erfreuliche Nachricht bekommen, daß man an die Landesschulkasse 80 000 Mark mehr als bisher vorgesehen abzuführen hat. Zusammen mit verschiedenen anderen kleineren Ausgaben ergibt das eine Mehrbelastung von 525 000 Mark, durch die das Defizit sich von 14,9 Millionen Mark auf 15,4 Millionen Mark erhöht.

Schluß der Beweisaufnahme im Fingerhut-Prozeß

Wuppertal, 1. März. Unerwartet plötzlich ist gestern abend im Fingerhut-Prozeß die Beweisaufnahme geschlossen worden. Nach Verhandlungen mit der Verteidigung hat das Gericht den Schluß der Beweisaufnahme verkündet, nachdem auch Fingerhut erklärt hatte, er habe nichts mehr zu sagen. Die Verteidigung hat damit auf die Verfolgung der zurückgestellten Beweisanträge und die Vernehmung weiterer Entlastungszeugen verzichtet. Vor allem wird mit diesem Verzicht auch der Brief des frühern Kruppschen Wachtmeisters und die Vernehmung dieses Zeugen als für die Beurteilung des ganzen Verfahrens nicht wesentlich zur Seite geschoben. Der vorher noch vernommene Zeuge Plaßmann sagte aus, daß die Kruppsche Polizei bei ihm 100 Bohrer beschlagnahmt hätte. Zu seinem Erstaunen sei ihm aber eine Quittung über 133 beschlagnahmte Bohrer ausgehändigt worden. Vor Gericht seien dann plötzlich 33 mit dem Kruppschen Zeichen versehene Bohrer erschienen, die angeblich aus den bei ihm beschlagnahmten

Das Neueste

Das Präsidium des bayrischen Industriellen-Verbandes hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß eine rasche einheitliche Senkung der Reichsbiersteuer sowie eine erhebliche Ermäßigung der Gemeindebiersteuer erfolgen wird.

Im Zusammenhang mit den Austrittserklärungen von Berliner Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ist auch der Name des Reichsministers a. D. Dr. v. Raumer genannt worden. Dr. v. Raumer erklärt, daß es zwar zutreffe, daß er sich aus den Listen der Partei habe streichen lassen, aber mit der Begründung, daß er sich aus dem politischen Leben zurückziehen wolle. Das habe nichts mit der Aktion des Stadtverordneten Faltz zu tun, im Gegenteil trete er mit allen Kräften für die Kandidatur Hindenburgs ein.

Der Unterredung, die Tardieu am Montag mit Nadolny hatte, mißt man in den Pariser Morgenblättern größte Bedeutung bei. Pertinax betont, es sei sehr zweifelhaft, ob man in der Gleichberechtigungsfrage zu einer Verständigung gelange. Tardieu habe Nadolny darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Regierung gerade in dieser Frage unnachgiebig bleiben werde.

Francois Poncet, der sich jetzt darüber entscheiden muß, ob er sein Abgeordnetenmandat oder den Botschafterposten in Berlin behalten will, wird, wie in gut unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, noch im Laufe dieser Woche sein Abgeordnetenmandat niederlegen.

In der französischen Kammer wurde am Montag-Abend der Haushalt des Kriegsministeriums verabschiedet.

Bei der allgemeinen Aussprache über den polnischen Haushaltsplan für 1932/33 hielt der deutsche Senator Pant eine Rede, in der er u. a. gegen die minderheitsfeindliche Politik der polnischen Regierung Stellung nahm.

Die Kämpfe bei Schanghai dauern fort. Die Japaner unternehmen neue Angriffe, doch konnten die Chinesen den Vormarsch der japanischen Truppen aufhalten. Die Aussichten für die Vermittlungsaktion werden in Schanghai nicht sehr günstig beurteilt.

Die japanischen Streitkräfte gingen heute Vormittag an der ganzen Tschapeifront und bei Kiangwan erneut zum Angriff vor. Die Chinesen leisten erbitterten Widerstand. Japanische Flugzeuge werfen unaufhörlich Bomben auf Tschapei. Die japanische 11. Division in Stärke von 12 000 Mann ist an der Jangtsekiang-Mündung gelandet worden.

Beständen stammen sollten, um als Beweismittel für seine angeblich unlautern Machenschaften zu gelten. Der Zeuge ist verurteilt worden; die Strafe wurde ihm jedoch auf dem Gnadenweg erlassen.

Großfeuer in einem Fuhrunternehmen

Köln, 1. März. In den späten Abendstunden des Sonntags brach bei einem Fuhrunternehmer in Merlenich Großfeuer aus. Zwei Stallungen und eine Scheune wurden ein Raub der Flammen. Die schlafenden Bewohner wurden gerettet. Außer dem Wagenmaterial verbrannten zwei Kühe, ein Pferd, vier Schweine und eine Anzahl Hühner. Die Brandursache steht noch nicht fest.

Zwei Kinder vergiftet

Beuel, 1. März. Mittwoch vergangener Woche mußte das vierjährige Kind der Familie Paffrath in Pützchen mit schweren Vergiftungserscheinungen in die Bonner Kinderklinik gebracht werden, wo das Kind unter größten Anstrengungen der Aerzte dem Tode entrissen werden konnte. Es befindet sich, wie wir von der Klinik erfahren, auf dem Wege der Besserung. Samstagmorgen ist nun das achtjährige Kind der Familie ebenfalls an Vergiftungserscheinungen erkrankt, die in ihrer Auswirkung so heftig waren, daß jede Hilfe ausgeschlossen war. Sonntagmorgen ist es gestorben. Die Sezierung der Leiche hat keinen Aufschluß darüber gebracht, worauf die Vergiftung zurückzuführen ist. Es ist wahrscheinlich, daß die Untersuchung der Lebensmittel die Ursache klären wird.

Bei der Grabrede vom Schlage getroffen

Dortmund, 1. März. Bei der Beerdigung eines Gemeindemitgliedes im Stadtteil Asseln wurde der die Grabrede haltende evangelische Pfarrer Hilburg während der Predigt von einem Gehirnschlag getroffen und stürzte in das offene Grab, aus dem er als Toter geborgen wurde. Der Verstorbene stand im 62. Lebensjahre und wirkte 34 Jahre in der Gemeinde Asseln.

Wieder mehrere Falschmünzer festgenommen

Köln, 1. März. In Sechtem bei Walberberg im Vorgebirge wurden wurden zwei junge Leute bei der Verausgabung von falschen Fünfmarkstücken beobachtet. Eine Person wurde festgenommen. Der Begleiter flüchtete zunächst, konnte aber später in Köln ermittelt und festgenommen werden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man mehrere Falsifikate und Formen zur Herstellung von Fünfmarkstücken sowie das ganze Fälschergerät. — Ferner wurde ein Mann wegen Verausgabung falscher Zweimarkstücke festgenommen. Das Verhalten der Falschgeldverteiler läßt die Annahme zu, daß der Vertrieb des Falschgeldes gewerbsmäßig geschah.

38 000 Mark unterschlagen.

Aachen, 1. März. Der Kassenrendant M. aus Kall stand vor dem Erweiterten Schöffengericht wegen schwerer Unterschlagungen und Urkundenfälschung. Der Angeklagte war Kalkulator in Kall gewesen, verwaltete aber nebenamtlich noch die Spar- und Darlehenskasse. In den Jahren 1925 bis 1929 hat er in dieser Eigenschaft etwa 38 000 Mark unterschlagen und die Geschäftsbücher entsprechend gefälscht. Kleine Handwerker und Landwirte sind durch seine Manipulationen geschädigt worden. Das Gericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis.

Razzia nach Wilderern und Dieben.

Schwerfen (Zülpich), 1. März. Mit einem größeren Polizeiaufgebot wurden mehrere Haussuchungen vorgenommen, wobei man ein Jagdgewehr, einen Browning, 200 Schuß Infanteriemunition, eine Einrichtung zur Herstellung von Jagdmunition, Treibriemen, Stoffe und Tabak beschlagnahmte. Die Razzia wurde aus Anlaß der in letzter Zeit überhandnehmenden Wilddiebereien und der Diebstähle in mehreren landwirtschaftlichen Betrieben und bei der Filiale einer Konsumgenossenschaft vorgenommen.

Westdeutscher Siedlungstag

Die Forschungsstelle für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster unter Leitung von Professor Bruch veranstaltete in Münster einen Westdeutschen Siedlungstag, an dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, des preußischen Volkswohlfahrtsministeriums, die Regierungspräsidenten von Westfalen sowie der Oberpräsident, sämtliche Direktoren der Wohnbaugesellschaften und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahmen. Am ersten Tage sprach zunächst der Reichskommissar für die vorstädtischen Siedlungen, **Regierungspräsident Saaßen (Trier)** über seinen Aufgabenkreis und erläuterte die Richtlinien, die er vor wenigen Monaten für die vorstädtischen Siedlungen aufgestellt hatte.

Professor Knipping von der technischen Hochschule in Darmstadt erläuterte in seinem Referat über: „Die Hemmungen der Stadtrandsiedlung" die grundsätzlichen und einschneidenden Bedenken, die von verschiedenen Seiten gegen die Probleme der Stadtrandsiedlung aufgetaucht sind.

Der Justitiar der Vereinigten Stahlwerke, Rechtsanwalt **Dr. Philippi (Dortmund)** verbreitete sich über das Thema: „Die Zurückführung der Industrie- und Stadtbevölkerung zur ländlichen Siedlung".

Nach einer Replik beschäftigte sich nach diesen Referaten der **Reichskommissar Saaßen** mit den kritischen Anwendungen, die sich aus den Referaten ergeben hatten und betonte, daß auch das freie Baugewerbe, soweit es wirtschaftlich möglich sei, eingeschaltet werden solle. Zum Zwecke der Vereinheitlichung sei jedoch den Kommunen die praktische Verfolgung der Siedlungsbestrebungen übertragen worden. Auch er stehe der Schaffung einer Sonderbehörde für Siedlungszwecke fern und er hoffe, daß das Reichskommissariat schon bald in eine der bestehenden Behörden eingegliedert werden könne. Der Vorwurf, daß er mit großem Optimismus seine Siedlungsbestrebungen verfolge, sei nicht haltbar. In einer Zeit, wo die Siedlungsbestrebung der einzige Ausweg sei das Arbeitslosenheer zu vermindern, müsse ein fester Wille und der Glaube an diese Möglichkeiten vorherrschen.

Der zweite Tag wurde eingeleitet mit einem Vortrag von **Professor Dr. Lehmann-Hartleben (Münster)** über: „Die Siedlungsprobleme der antiken Großstädte". Der Redner entwickelte in seinem Referat an Hand von Lichtbildern eine Reihe sehr interessanter Analogien in dem gegenwärtigen Aufgabenkreis der Siedlung.

Professor Wiesmann von der Technischen Hochschule Dresden verbreitete sich sodann über „Das Problem der zukünftigen Stadterweiterung und der zukünftige Siedlungsaufbau". Der Redner forderte, daß die ländliche Bevölkerung auf dem Lande festgehalten werden müsse und die Zuteilung neuer landwirtschaftlicher Siedlerstellen nur eine Dezentralisation industrieller Arbeitsmöglichkeiten darstellen könnte. Der neue Typ müsse der gemischt wirtschaftliche sein.

Der abschließende Vortrag von **Professor Dr. ing. Vetterbein** von der Technischen Hochschule Hannover über „Landesplanung im Dienste des Siedlungswesens" beschäftigte sich mit der Notwendigkeit, mit den Siedlungsbestrebungen auch die Verkehrsverhältnisse, ihre Erneuerung und Verbesserung zu erwähnen.

In der Aussprache trat die **Verschiedenheit der Meinungen** zu der gesamten Siedlungsfrage und die Problematik noch einmal deutlich in Erscheinung. Wenn auch der Westdeutsche Siedlungstag eine allseitige Klärung des Problems nicht gebracht hat, so ist doch als allgemein gültig herausgestellt worden, daß **die Siedlungsbestrebungen das einzige Mittel sind, um der Erwerbslosennot zu steuern.**

Grundsätzliche Einigung

Angesichts der neuen Lage in Schanghai trat der Völkerbundsrat Montag nachmittag zu einer überraschend einberufenen Vollsitzung zusammen. Der englische Außenminister Sir John Simon machte im Auftrage seiner [illegible] Rat offiziell eine Mitteilung von den Verhandlungen, die auf einem englischen Kriegsschiff in Anwesenheit des britischen Kommandanten zwischen Vertretern der chinesischen und japanischen Streitkräfte stattgefunden haben.

Die Verhandlungen hätten zu einem Ergebnis geführt, und beide Parteien hätten sich grundsätzlich über ein Abkommen zur Einstellung der Feindseligkeiten geeinigt. Die diesbezüglichen Vorschläge seien den Regierungen in Nanking und Tokio unterbreitet worden.

Der Vorsitzende erklärte darauf, daß der Völkerbundsrat mit großer Genugtuung von den Mitteilungen des britischen Vertreters Kenntnis genommen habe. Es sei nunmehr Aufgabe des Rates, seinerseits dazu beizutragen, daß den im Gange befindlichen Besprechungen zur Wiederherstellung des Friedens ein Enderfolg gesichert werde.

Der Völkerbundsrat schlage deshalb vor, daß

in Schanghai sofort eine Konferenz

einberufen werde, an der China und Japan sowie die Vertreter der anderen interessierten Mächte teilzunehmen hätten. Das Ziel dieser Konferenz solle die Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens in Schanghai sein.

Der Vorschlag des Völkerbundsrates besagt im einzelnen:

Die nach Schanghai einzuberufende Konferenz hat die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten und die Wiederherstellung des Friedens in der Gegend von Schanghai zum Ziel.

Verhandlungsgrundlage

der Konferenz wäre

1. Japan hat nicht beabsichtigt, noch beabsichtigt es in Zukunft, politisch oder territorial eine japanische Konzession in Schanghai zu errichten oder auf irgendeine andere Weise die ausschließlichen japanischen Interessen zu begünstigen.

2. China nimmt an der Konferenz teil unter der Annahme, daß die Sicherheit und Unversehrtheit der internationalen Konzession und der französischen Konzession aufrecht erhalten bleibe in Anbetracht der Abmachungen, die diese Konzessionen auf ihre Bewohner gegen jede Gefährdung sichert.

Die Einberufung dieser Konferenz geschieht unter der Voraussetzung, daß an Ort und Stelle Abmachungen über die Einstellung der Feindseligkeiten getroffen werden. Der Völkerbundsrat rechnet darauf, daß diese Bedingung sehr schnell erfüllt wird. Der Völkerbundsrat schlägt vor, daß die militärischen und zivilen Behörden der anderen in Schanghai vertretenen Mächte diesen Abmachungen ihren Beistand verleihen.

Der Völkerbundsrat konnte noch zu keiner formellen Beschlußfassung über diesen von Paul-Boncour vorgesehenen Plan gelangen, da im Gegensatz zu den Vertretern der übrigen Mächte der japanische Delegierte noch keine endgültige Zustimmung erteilen konnte.

Der japanische Delegierte Sato erklärte: Er nehme den Plan an, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung.

Der chinesische Delegierte Yen gab ein Telegramm seiner Regierung bekannt, wonach diese den vom englischen Admiral Kelly gemachten Vorschlag zur gegenseitigen Zurückziehung der Truppen zweckmäßig und annehmbar finde.

Der deutsche Delegierte, Gesandter Freiherr von Weizsäcker, begrüßte die Erklärung der verschiedenen Ratsmitglieder und die Möglichkeit der Einstellung der Feindseligkeiten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen unter der wertvollen Mitwirkung der in Schanghai besonders interessierten Mächte zu einem baldigen Erfolge führen werde.

Paul-Boncour betonte, daß die Ausführung des von ihm vorgeschlagenen Planes zunächst einmal von der Einstellung der Feindseligkeiten abhängig sei.

Die von dem britischen Außenminister gemachten Mitteilungen über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten in Schanghai werden bestätigt durch ein Schreiben des amerikanischen Gesandten Wilson an den Generalsekretär des Völkerbundes, worin mitgeteilt wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gern die Gelegenheit ergreife, sich den Bemühungen der Mächte zur Wiederherstellung des Friedens anzuschließen.

Die Hauptmacht der amerikanischen Flotte im Pazifik

Das amerikanische Marinedepartement hat angeordnet, daß die Hauptmacht der amerikanischen Kriegsflotte im Stillen Ozean stationiert wird.

Der bahnamtliche Rollfuhrdienst

Die Neuordnung

Zu der am 1. März 1932 in Kraft tretenden Neuordnung des bahnamtlichen Rollfuhrdienstes teilt die Reichsbahn ergänzend mit:

Der bahnamtliche Rollfuhrdienst umfaßt künftig außer der Abfuhr der Stückgüter auch ihre Anfuhr zur Bahn sowie die Ab- und Anfuhr von Wagenladungsstückgütern der Güterklassen A bis C.

Die Rollgebühren

sind für die An- und Abfuhr sowohl für Fracht und Eilgut gleich und gegenüber den jetzigen Rollfuhrgebühren stark ermäßigt. Für die Berliner Güterabfertigungen gilt der sogenannte Einheitsgütertarif, der z. B. für Sendungen von 1 bis 50 Klgr. 30 Pfg., von 51 bis 100 Klgr. 50 Pfg., für 5 Tonnen 12 RM., für 10 Tonnen 22 RM. und für 15 Tonnen 30 RM. vorsieht. Auch die Nebengebühren sind erheblich gesenkt. Dies gilt besonders von den Abtragegebühren, deren Höhe vom Publikum an Hand von grünen Zetteln, die auf den Frachtbrief geklebt sind, leicht nachgeprüft werden kann. Außerdem hat jeder Fuhrbegleiter dem Publikum auf Wunsch den Gebührentarif vorzulegen. Sämtliche Gebühren sind Höchstsätze. Wo ein allgemeines Bedürfnis für Rollfuhrleistungen über Land besteht, hat die Reichsbahndirektion einen Ueberlandrollfuhrdienst durch den bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer eingerichtet und dafür besonders Rollfuhrgebühren festgesetzt, die ebenfalls nicht überschritten werden dürfen.

Senkung der Frachtsätze für Wein

Um dem notleidenden Weinbau zu helfen, hat die Reichsbahn die Frachten für Wein ermäßigt. Wein erhält als Stückgut auf Entfernungen über 450 Kilometer Frachtermäßigungen von rd. 25 Prozent und bis zu 450 Kilometer wird die Fracht nochmals um 15 Prozent gesenkt. Die Wagenladungsfracht für Wein wird um 8 bis 25 Prozent gesenkt.

Turnen und Sport in der Heimat

DT.-Handball

Bergischer Gau

Der vergangene Sonntag begünstigte mit prächtigem Wetter die reibungslose Durchführung aller vereinbarten Treffen, in denen zum Teil spannende Kampfmomente gezeigt wurden. Die Freundschaftsbegegnungen, die allerdings recht spärlich waren, hatten recht viele Interessenten angelockt, die voll und ganz auf ihre Kosten kamen.

Meisterschaftsspiele

Bezirksklasse, Gruppe 1

RTV 61 1b — Beyenburg 1. 6:3

A-Klasse

RTV 61 2. — Beyenburg 2. 10:3

Freundschaftsspiele

VfL Lennep 1. — Jahn 1. 0:3
Burscheid 1. — Witzhelden 1. 6:2
Radevormwald 1. — Hämmern 1. 7:2
Ronsdorf 1. — Volksjugend 1. 8:1

Das Wetter von heute und morgen

Vorwiegend heiter mit wenig geänderten Temperaturen, etwas auffrischende südöstliche Winde.

Amtliche DT-Nachrichten

Schiedsrichtersitzung am 5. März 1932

Am kommenden Samstag findet in Wermelskirchen um 17 Uhr in der Turnhalle des Wermelskircher Tv. für die Schiedsrichter des 3. und 4. Bezirks unter Leitung von H. Kaiser eine Schiedsrichtersitzung statt.

Die Schiedsrichter werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Bei Fehlen treten die satzungsgemäßen Strafen in Kraft.

Gaufrauenturntag in Remscheid

Der erste diesjährige Gaufrauenturntag des Bergischen Gaues hatte einen regen Besuch aufzuweisen. Mit einer Bewegungsschule wurde der praktische Teil begonnen. Anschließend wurden unter Leitung des Gaufrauenturnwarts Bockhacker die Freiübungen für das Gauturnfest geturnt. Die Uebungen selbst sind äußerst glücklich gewählt. Frl. Schröder ließ aus der reichhaltigen Fülle der Hallenspiele einige durchführen, denen die Uebungen für das Hallengeräteturnen folgten, die gleichfalls bei den Turnerinnen besten Anklang fanden.

Im Vereinszimmer der Turnhalle des Tv. Jahn war anschließend der praktische Teil Gegenstand zu lebhafter Aussprache. Nach Besprechung verschiedener Anregungen konnte Gaufrauenturnwart Bockhacker den Turntag mit Gut Heil auf die Turnsache schließen.

Der Westen im preußischen Etat

Der preußische Staatshaushaltsplan für 1932, der jetzt dem Staatsrat vorliegt, enthält in seinem außerordentlichen Teil eine Reihe von Einzelheiten, die für das rheinisch-westfälische Gebiet von Interesse sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die bisher etwa gemeldeten Zahlen aus den ersten Entwürfen stammen, die im nunmehr erschienenen Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung infolge der letzten Sparverordnung usw. zum großen Teil Berichtigungen erfahren haben.

Für die Technische Hochschule in Aachen enthält der Kultushaushalt 54 500 RM., gegenüber 56 500 RM. im Vorjahre. Im einzelnen sind vorgesehen 31 200 RM. als zweiter Teilbetrag zur Errichtung eines Neubaues für das Institut für Konstruktive Elektrotechnik 18 300 RM. zur Ausführung einiger noch notwendiger Arbeiten bei der Erweiterung der maschinellen Anlagen des Kraft- und Heizwerks und 5000 RM. für die Herrichtung der alten Schmelzhalle für die Zwecke des Instituts für Eisenhüttenkunde.

15 350 RM. sind in den Kultushaushalt eingesetzt für größere dringliche Unterhaltungsarbeiten an den Gebäuden der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf und Ausbau von Dachräumen zu Ateliers. Die Arbeiten sind, so wird in der Begründung erklärt, zur Erhaltung der Substanz unaufschiebbar. Bei Einrichtung der Ateliers im Dachgeschoß kann die Anmietung des sogenannten Hungerturms aufgegeben werden.

Für den Erweiterungsbau des Wilhelm-Gymnasiums in Kassel enthält der Kultushaushalt 75 000 RM.

Weiter sind eingestellt 25 300 RM. für die Anmietung von Räumen für das Zahnärztliche Institut an der Universität Bonn.

25 000 RM. sind vorgesehen als letzter Teilbetrag für den Umbau zur Unterbringung des vereinigten Gymnasiums und Realgymnasiums in Wiesbaden.

Für die Erweiterung der Turnhalle an der Bessel-Oberrealschule in Minden sieht der Kultushaushalt 27 600 RM. vor.

Der Haushalt enthält ferner als sechsten Teilbetrag 60 000 RM. für die bauliche Unterhaltung des Kölner Doms.

Im Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung werden für die Unterstützung sozialer Bestrebungen zugunsten der Studierenden der Landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin und Bonn-Poppelsdorf in diesem Jahre nur 4480 RM. bewilligt.

Ein Betrag von 180 000 RM., der als weitere Beihilfe zu den Eindeichungen in den durch die letzten Hochwasser besonders geschädigten Gemeinden der Rheinprovinz bewilligt werden sollte, ist der letzten Sparmaßnahme zum Opfer gefallen.

Für die Rekonstruktion der reblausverseuchten Weinbaugemarkungen an der unteren Nahe werden 10 000 RM. zur Verfügung gestellt. Ursprünglich waren 37 500 RM. vorgesehen.

Zur Vollendung des Mittellandkanals und der durch sie bedingten Ergänzungsbauten an den vorhandenen Wasserstraßen waren in den Etat ursprünglich 6½ Mill. RM. eingesetzt. Diese Mittel sind restlos den notwendig gewordenen Einsparungen zum Opfer gefallen, so daß der endgültige Etat an dieser Stelle einen Freititel vorsieht.

Beim Haushalt des Innenministeriums sind für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Polizeipräsidium in Düsseldorf als 5. Baurate 625 000 RM. eingesetzt, für den Neubau einer Polizeiunterkunft in Essen als dritte Baurate 550 000 RM., für den Ankauf des städtischen Polizeidienstgebäudes in Koblenz als Schlußrate 125 000 RM., für die erstmalige Herrichtung der Polizeiunterkunft in Aachen als dritte Baurate 80 000 RM.

Zur Behebung der Not in den Grenzgebieten sah der Etat des Innern ursprünglich einen Betrag von 3 Mill. RM. vor. Den letzten Sparmaßnahmen ist auch dieser Betrag zum Opfer gefallen, so daß der Etat jetzt einen Leertitel enthält. Im vergangenen Jahre waren noch 10 Millionen RM. für den Grenzfonds bewilligt worden.

Im Justizhaushalt werden für den Anschluß des Zellengefängnisses in Herford an die Städtische Entwässerungsanlage 123 500 RM. bewilligt.

Der Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung enthält als 3. Rate für den Ersatz- und Erweiterungsbau der Handels- und Gewerbeschule für Mädchen in Gladbach-Rheydt 25 000 RM. Ursprünglich waren 75 000 RM. für diesen Zweck vorgesehen.

Für die Verbesserung des Hafens Oberlahnstein werden 45 000 RM. bewilligt. Es handelt sich zunächst um die Instandsetzung der Molenköpfe.

Im Haushalt der Domänenverwaltung ist für den Neubau einer heizbaren Wandelhalle in Bad Schwalbach ein Ansatz von 180 000 RM. gemacht. Dazu wird ausgeführt, daß der Weiterbau der heizbaren Wandelhalle im Zusammenhang mit dem fertiggestellten Kurhotel, die bereits im Kreditgesetz vorgesehen war und durch die eine Verlängerung der Kurzeit ermöglicht werden soll, notwendig sei. Ein Verzicht auf diesen Bauteil würde überdies völlig unproduktive und kostspielige Abschlußarbeiten an dem Hotelneubau erforderlich machen.

Im Haushalt der Bergverwaltung werden als Anteil Preußens an der gemeinsam mit dem Reich zu gewährenden Staatsbeihilfe für den notleidenden Erzbergbau des Sieg-, Lahn- und Dillgebietes 400 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Das Synagogengesetz im Staatsrat angenommen

Im Preußischen Staatsrat wurde am Dienstag der Gesetzentwurf angenommen, der die Rechtsverhältnisse der Synagogen-Gemeinden einer umfassenden Neuregelung unterzieht. Ferner wurde der Gesetzentwurf über das lastenfreie Kirchenpatronat genehmigt, wonach die Regelung des Rechtes des lastenfreien Patronats der kirchlichen Selbstbestimmung überlassen wird. Schließlich stimmte der Staatsrat einem Gesetzentwurf über die Regelung staatsaufsichtlicher Rechte in den ehemaligen Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla sowie einer Verordnung über die Errichtung von Dienststrafsenaten bei den Oberlandesgerichten zu.

Die Danzig-polnischen Kontingentverhandlungen gescheitert

Nach einer Mitteilung der Pressestelle des Senates der Stadt Danzig sind die Kontingentverhandlungen zwischen Danzig und Polen gescheitert, da die polnische Delegation trotz weitgehenden Entgegenkommens Danzigs unannehmbare Forderungen stellte, die darin gipfelten, daß Danzig jedes Eigenrecht inbezug auf die Danziger Handels- und Industriekontingente aufgeben solle.

Die polnische Delegation hatte weiter erklärt, daß sie im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen weder die Kontrolle einschränken noch aufgeben würde und daß sie auch nicht das geringste Entgegenkommen zeigen werde bei der Frage der Waren-Nationalisierung. Nach diesen Erklärungen der polnischen Delegation hatte eine weitere Fortführung der Verhandlungen keinen Zweck mehr und die Danziger Delegation meldete die für die Danziger Wirtschaft notwendigen Kontingente an, die Polen nach den Verträgen als verbindlich anzuerkennen hat. Der Senat wird sich nunmehr erneut mit den notwendigen Maßnahmen beschäftigen.

Der preußische Landtag

begann am Dienstag einen kurzen Plenarsitzungsabschnitt, der der Erledigung kleiner Vorlagen gewidmet ist.

Präsident Wittmaack ehrte bei Sitzungsbeginn in der üblichen Weise das Andenken an den verstorbenen Abg. Müller-Breslau (Soz.).

Er sagte den Deutschnationalen auf ihren Wunsch zu, daß er die Staatsregierung fragen wolle, ob sie entgegen ihren bisherigen Dispositionen nicht doch die Interpellation der Deutschnationalen schon jetzt beantworten wolle, die sich gegen die französische Stellungnahme für eine längere Besetzungsfrist des Saargebietes ausspricht.

Ein staatsparteilicher Antrag, sofort alle

Maßnahmen gegen die zunehmende parteipolitische Verhetzung der Schuljugend

zu treffen, war zwar im Ausschuß angenommen worden, wurde jedoch im Plenum nach kurzer Aussprache deshalb

abgelehnt, weil die Regierungsparteien, die ihn befürworteten, sehr schwach vertreten

waren.

Ein kommunistischer Antrag auf sofortige Freilassung des im sogenannten

Bombenleger-Prozeß in Altona

zu Zuchthaus verurteilten Bauernführers Claus Heim wurde abgelehnt.

Seinen parlamentarischen Abschluß fand auch der

Streik deutscher Seeleute in sowjetrussischen Häfen

nebst den dann in Deutschland erfolgten Verurteilungen durch die Annahme eines Entschließungsantrages des Rechtsausschusses auf

Modernisierung der Seemannsordnung.

Kommunistische Anträge, die darüber hinausgingen, wurden abgelehnt.

Für die armen Kleinsiedler auf der mit kärglichem Boden ausgestatteten

Sundischen Wiese (Pommern)

wurde ebenfalls ein Ausschußantrag angenommen, der einige Hilfsmaßnahmen fordert.

Schließlich wurden kleine

Polizeibeamtenvorlagen

angenommen, und dabei ein Antrag, der die Regierung ersucht, sobald wie möglich eine

Kriminalschule

zwecks Vorbildung zur ersten kriminalistischen Fachprüfung einzurichten.

Nach einiger Debatte stimmte das Haus noch Anträgen des Landwirtschaftsausschusses auf

Maßnahmen zugunsten der Küsten- und Kleinfischerei

zu, wobei u. a. ein besserer Zollschutz für die deutsche Fischerei verlangt wird.

In der Mittwochsitzung wird vor allem über das neue Disziplinarrecht der Studenten verhandelt.

Die Lichtstreik-Bewegung

Die von der Versammlung des Reichskartells des selbständigen Mittelstandes gewählte Kommission ist, wie das Reichskartell mitteilt, noch Montag nachmittag wegen der Senkung der Strompreise sowie der übrigen Werkgebühren, der öffentlichen Tarife und Abgaben mit dem Preisüberwachungskommissar in Verhandlungen eingetreten. Die Kommission, an der auch der Vorsitzende des Berliner Mittelstandskartells teilnahm, machte den Preiskommissar allen Ernstes auf die Gefahren aufmerksam, die aus einem derartigen Eingriff auf die Preise erwachsen. Während die einzelnen Fachgruppen des selbständigen Mittelstandes bisher Bearbeitungsobjekte des Preiskommissars gewesen seien, hätte man sich an Monopole, Syndikate und die öffentliche Hand wenig oder gar nicht herangewagt. Entweder greife der Preiskommissar mit derselben Energie die Syndikatspreise und die Preise und Gebühren der öffentlichen Hand an, oder aber seine Verordnungen würden sehr schnell von keinem Menschen mehr ernst genommen. Darin liege die größte Gefahr, die sich vornehmlich aus dem Gegensatz der öffentlichen Wirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft ergebe.

Reichskommissar Gördeler erwiderte, daß von 1014 Elektrizitätswerken 842 ihre Preise gesenkt hätten. Allerdings seien diejenigen, die noch nicht gesenkt hätten, die größten Werke. Die öffentlichen Tarife zu senken, habe er sich als besonderes Gebiet vorbehalten. Es sei selbstverständlich, daß der gewaltsame Eingriff in die Preise nur dann Zweck habe, wenn er auf der ganzen Linie, also auch bei der öffentlichen Hand, erfolge.

Die Mittelstandsvertreter erklärten, daß die Beschleunigung und der Umfang dieser Maßnahmen bestimmend seien für die Anordnung oder aber die Beendigung der jetzt im ganzen Reich zunehmenden Lichtstreikbewegung.

Der Reichslandbund für Einfuhrkontingentierung und Zollerhöhung

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hielt eine Sitzung ab, in der zur Zoll- und Handelspolitik eine Entschließung gefaßt wurde, in der es heißt, die Einführung des Maximaltarifs bedeute namentlich angesichts der bestehenden Zollbindungen und des herrschenden Meistbegünstigungssystems für die Landwirtschaft keine Verbesserung des noch völlig unzureichenden Schutzes der heimischen Agrarerzeugung. Das gelte insbesondere, solange die bisherigen Tendenzen der deutschen Zoll- und Handelspolitik beibehalten werden. Weiter wird behauptet, die Reichsregierung habe auf wichtigen Gebieten des landwirtschaftlichen Zollschutzes bis jetzt völlig versagt. Einzelmaßnahmen seien verspätet und unzureichend getroffen worden. Der Reichslandbund fordere die sofortige Einführung einer scharfen Kontingentierung der Einfuhr und baldigste Herstellung der Zollautonomie.

Die Presseäußerungen, nach denen eine Uebereinstimmung zwischen Industrie und Landwirtschaft hinsichtlich des soeben von der Reichsregierung angekündigten Maximal-Zolltarifs bestehen soll, seien unzutreffend. Maßgebliche Verhandlungen zwischen der Industrie und der Landwirtschaft hierüber haben nicht stattgefunden.

Der Münchener Waffendiebstahl vor dem Reichsgericht

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den Werkmeister Josef Keller und den Schlosser Max Rötzer wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Diebstahl und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz, gegen das Schußwaffengesetz und das Kriegsgerätegesetz zu Festungsstrafen von je zwei Jahren; ferner den Autoverleiher Karl Bauer (Vater) und den Mechaniker Karl Bauer (Sohn) wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu 300 RM. bezw. 100 RM. Geldstrafe und schließlich den Hausmeister Wilhelm Krick wegen Diebstahls in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schußwaffengesetz zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten. In allen Fällen wird die Untersuchungshaft angerechnet.

Im Dezember 1930 waren aus einem Schuppen auf einem Turn- und Sportplatz in Sendling bei München neun Infanteriegewehre, ein leichtes Maschinengewehr und ein gefüllter Maschinengewehrgurt gestohlen worden. Der Angeklagte Zeller hatte die Leitung des Unternehmens, zu dem die übrigen Beihilfe leisteten. Der Diebstahl erfolgte, um die Waffen der kommunistischen Partei sicherzustellen.

Ein Markenregister

Zur verstärkten Kontrolle der preisgebundenen Markenwaren hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Einführung eines Markenregisters angeordnet. Durch diese Markenregister werden laufend nicht nur die Preise und Nettomengen bzw. Nettogewichte verfolgt, sondern auch vor allem die Entwicklung der Handelsspanne. Außerdem wird durch die neue Markenartikelverordnung nach einer allerdings längeren Uebergangsfrist angeordnet, daß Markenartikel den Aufdruck der Nettomengen oder des Nettogewichtes tragen.

Keine Zulassung öffentlicher Spielbanken in Preußen

Angesichts von Nachrichten, daß sich preußische Badeorte, wie Wiesbaden und Homburg v. d. H., sich bemühen, die Erlaubnis für die Einrichtung von Spielhöllen zu bekommen, hat der preußische Minister des Innern, wie der Amtliche Preußische Pressedienst der Antwort auf eine Kleine Anfrage im Preußischen Landtage entnimmt, bereits vor Eingang der Anfrage den Reichsminister des Innern gebeten, von der Aenderung des Gesetzes betr. Schließung und Beschränkung der öffentlichen Spielbanken vom 1. Juli 1868 abzusehen.

Der zivile Luftschutz

Im Zusammenhang mit Erörterungen über die Bildung von zivilen Luftschutzausschüssen wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß Deutschland auf Grund des Pariser Luftfahrtabkommens vom Jahre 1926 zu Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft, also zur Durchführung eines zivilen Luftschutzes, berechtigt ist. Bereits im Jahre 1927 habe das Reichskabinett beschlossen, daß ein Luftschutz für die Zivilbevölkerung vorbereitet werden solle.

Der zivile Luftschutz besteht in

passiven Schutzmaßnahmen,

die zum Ziele haben, die Wirkung von Luftangriffen auf ein kunlichst geringes Maß herabzusetzen. Er gehört also in das Gebiet der

„Vorsorge gegen öffentliche Notstände",

die den Staatsbehörden, insbesondere den Polizeibehörden, obliegt. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist mithin weder eine militärische noch eine politische Angelegenheit. Als Mittel des zivilen Luftschutzes

kommen hauptsächlich folgende Maßnahmen in Frage:

Ein sorgsam aufzustellender

Melde- und Warndienst,

eine Tarnung der Ziele durch

Verdunkelung oder Vernebelung,

ein kollektiver Schutz der Bevölkerung durch Schaffung behelfsmäßiger splitter- und gassicherer

Unterkunftsräume,

die Ergänzung kollektiven Schutzes durch einen Einzelschutz und schließlich umfassender

Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes.

Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen haben sinngemäß auch für alle größeren Betriebe und Unternehmungen — insbesondere Eisenbahn- und Post sowie die lebenswichtigen Werke — Anwendung zu finden. Dabei muß der einzelne Betrieb für den Schutz seines Personals und seiner Anlagen in der Hauptsache selbst sorgen.

Der Schwerpunkt der Durchführung liegt in den

örtlichen Vorbereitungen.

Ihre Leitung ist Aufgabe der Polizei. Sie muß hierbei engste Fühlung mit den Gemeindeverwaltungen halten. Da die freiwillige Mitwirkung der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, sollen

„Luftschutzbeiräte"

den Polizeiverwalter unterstützen und beraten. Zu den Luftschutzbeiräten werden Vertreter derjenigen Behörden, Organisationen und Verbände herangezogen, die bei dem Aufbau des Luftschutzes nützliche Mitarbeit zu leisten in der Lage sind.

Kirche und Religionsunterricht

Der preußische Kultusminister an den evgl. Oberkirchenrat

Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, hat an den evgl. Oberkirchenrat ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Seit ich, entsprechend meinem in sehr schwierigen Vertragsverhandlungen bewiesenen Willen zur Verständigung von Staat und Kirche, begonnen habe, mich unbeschadet dessen, daß ein Rechtszwang dazu nicht besteht, mit der Frage der Einsichtnahme der Kirche in den evangelischen Religionsunterricht zu befassen, ist es mein Bestreben gewesen, eine Lösung vorzubereiten, die für Staat und Kirche in gleicher Weise tragbar erscheine und insbesondere auf Eltern derer, die den evangelischen Religionsunterricht zu erteilen haben, nicht den Anschein erwecken würde, als habe sich der Staat seines ihm gemäß Artikel 144 der Reichsverfassung zustehenden Aufsichtsrechtes begeben. Ueber diese meine Haltung hat bei dem evangelischen Oberkirchenrat kein Zweifel bestehen können. Ich bedauere, daß trotzdem mein Schreiben vom 22. Februar d. J. dahin ausgelegt worden ist, daß mit ihm eine „schwere Brüskierung der größten deutschen evangelischen Kirche und ihrer obersten Verwaltungsbehörde" beabsichtigt sei. Von allen grundsätzlichen Schwierigkeiten ist für den Staat wie auch für die Kirche die Rücksichtnahme auf die innere Bereitschaft der Lehrer von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und es dürfte von einer Brüskierung der Kirche schon deshalb nicht die Rede sein, weil die den evangelischen Religionsunterricht erteilenden Lehrer doch selbst Glieder der Kirche und, gerade an ihrer Bedeutung für das religiöse Erziehungswerk gemessen, nicht die geringsten sind.

Ich bedauere es im Interesse der Verständigung deshalb außerordentlich, daß der Vorwurf der Brüskierung in die Oeffentlichkeit hineingetragen worden ist, noch dazu, nachdem ich gegenüber dem Vizepräsidenten des Oberkirchenrates in einer dieser Veröffentlichung unmittelbar vorausgegangenen Unterredung diesen Vorwurf eindeutig als meine Absicht verkennend zurückgewiesen zu haben glaubte. Ich meinerseits werde mich jedenfalls nicht beirren lassen, mir eine weitere Klärung der grundsätzlichen Fragen angelegen sein zu lassen, um eine befriedigende Lösung vorzubereiten. Angesichts der Tatsache allerdings, daß von führenden evangelischen Theologen eine „klare Rechtslage" behauptet wird, muß ich vor Weiterführung der Verhandlungen zunächst feststellen, daß nach meiner Auffassung ein Rechtsanspruch der Kirche auf Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht nicht besteht."

Arbeit für Polizei und Gericht

Revision gegen das doppelte Todesurteil

Gegen das vom Schwurgericht 3 Berlin am Montag gefällte doppelte Todesurteil hat die Verteidigung der zum Tode verurteilten Angeklagten Rohrbach und Wittstock Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Hackebeil bleibt in Haft

Vor dem Vernehmungsrichter des Amtsgerichtes Berlin-Mitte fand ein Haftprüfungstermin für den Generaldirektor Guido Hackebeil statt. Der Richter lehnte die beantragte Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis ab, da noch zwei Direktoren der Danatbank in das Verfahren verwickelt seien und somit Verdunkelungsgefahr bestehe. Außerdem hielt der Richter auch die Gefahr des Fluchtverdachtes für vorliegend. Das Verfahren gegen Hackebeil, dem Untreue als Aufsichtsratsvorsitzender der Hackebeil A.-G., Bilanzverschleierung, zwei Betrugsfälle und anderes vorgeworfen wird, soll außerordentlich beschleunigt werden.

Aufklärung eines folgenschweren Justizirrtums

In dem Weiler Ewendorf im Kanton Sierok hat die Landwirtsfrau Perger eingestanden, im Jahre 1913 im Anwesen des Landwirts Houst zwei Brandstiftungen verübt zu haben, wodurch das Anwesen zerstört wurde. Damals war ein junger Bauernsohn namens Benning der Brandstiftung angeklagt und zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Auf das Urteil hin verfiel der junge Mann, der stets seine Unschuld beteuert hatte, in unheilbaren Irrsinn. Er befindet sich noch jetzt in der lothringischen Bezirksirrenanstalt als Opfer eines Justizirrtums, der nicht mehr gut gemacht werden kann.

Ermordung eines Stationsvorstehers

In Sondelfingen (Oberamt Reutlingen) wurde der Stationsvorsteher Veith nachts in seinem Dienstzimmer mit Schußwunden und Stichen tot gefunden. Die Kasse soll unversehrt sein. Das Ergebnis der Untersuchung liegt noch nicht vor.

Einbrecher ermorden zwei Kinder

In Warschau wurden in der Wohnung einer Arbeiterin deren beide Kinder von vier und elf Jahren ermordet gefunden. Da die Möbel aufgebrochen und durchwühlt waren, wird angenommen, daß die Mörder es lediglich auf einen Einbruch abgesehen hatten.

Die Uebersicht des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz

Die vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ausgearbeitete Uebersicht der sämtlichen von den Delegationen bisher gemachten Vorschläge geht davon aus, daß die grundsätzlichen Fragen im Hauptausschuß behandelt, und daß die einzelnen Fragenkomplexe nach Entscheidung der prinzipiellen Seite an die Unterkommission weitergeleitet werden. Die Uebersicht zeigt klar, daß die Aufgabe des politischen Ausschusses sich im Gegensatz zu den ursprünglichen französischen Wünschen so gestaltet hat, daß neben den französischen Vorschlägen in ihm auch eine große Reihe in der Generaldiskussion aufgeworfen und auch Deutschland interessierende Fragen zur Einzelberatung kommen werden.

Die deutschen Vorschläge ebenso wie die deutschen grundsätzlichen Auffassungen über die Gleichberechtigung sind ebenso wie die Vorschläge der anderen Staaten neben die entsprechenden Bestimmungen des Konventionsentwurfes gestellt, so daß sie in gleicher Weise Diskussionsgrundlage sind. Es zeigt sich, so berichtet das Wolffbüro aus Genf, daß die Annahme des Konventionsentwurfes als Diskussionsrahmen durch die deutsche Delegation unbedenklich war, denn der Konventionsentwurf dient nur als Disposition.

Tumult vor einem Berliner Arbeitsamt

Vor dem neuen Gebäude der vereinigten Arbeitsämter Berlin-Südost und -Süd in Neukölln ist es zu sehr erregten Szenen gekommen. In diesem Arbeitsamt erhalten täglich 15 000 Personen, das sind in der Woche etwa 100 000 Personen, ihre Unterstützungen ausgezahlt. Die Unterstützungsempfänger sind jetzt nach Berufsgruppen eingeteilt worden, ein Verfahren, das sich erst einspielen muß. Die Abfertigung am Dienstag, so berichtet das Contibüro, ist nur langsam vor sich gegangen, und viele Tausende mußten von 8 Uhr morgens an bis nachmittags 14 Uhr im Freien, — die Temperatur war nur etwas über Null — warten. Als das Amt um 14 Uhr geschlossen werden sollte, ohne daß alle Wartenden abgefertigt werden konnten, erhob sich ein wüster Tumult, dem erst die Polizei ein Ende machen konnte. Mehrere Fensterscheiben sind von den Erregten eingedrückt worden. Zuletzt entschloß man sich, das Amt bis 16 Uhr offen zu halten, um so alle Wartenden abzufertigen. Wie das Landesarbeitsamt mitteilt, wird damit gerechnet, daß in etwa acht Tagen die Abfertigung der Unterstützungsempfänger mit der gleichen Schnelligkeit wie früher vor sich gehen wird. Die Umlegung der beiden Arbeitsämter in das neue Gebäude ist aus baupolizeilichen Vorschriften nicht zu umgehen gewesen. Sie bringt eine Ersparnis von jährlich etwa 50 000 Mark mit sich

Verlängerung des Rediskontkredites der Reichsbank

Wie das Contibüro erfährt, haben die Verhandlungen über die Erneuerung des Rediskontkredites der Reichsbank zu dem Ergebnis geführt, daß der Kredit (100 Millionen Dollar) für drei Monate auf der Basis einer Rückzahlung von 10 Prozent innerhalb dieser Frist verlängert wird.

Verbot von Bausparkassen

In der Verhandlung vor dem Berufungssenat des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung am 29. Februar 1932 wurden sämtliche Berufungen der Bausparkassen zurückgewiesen. Die angefochtenen Entscheidungen sind damit rechtskräftig. Danach ist bei der Baugesellschaft Carolus G. m. b. H., Frankfurt a. M., der „Wirtschaftshilfe" A.-G. für Verwaltung und Finanzierung, Frankfurt a. M., der Nürnberger Bauspar G. m. b. H., Nürnberg, die Stellung des Antrages auf Konkurseröffnung von Seiten des Reichsaufsichtsamtes rechtskräftig.

Bei der „Quelle", Allgemeine Zwecksparkasse G. m. b. H., Stuttgart, und der Hypotheken- und Bau-Kredit-Genossenschaft „Hybag" e. G. m. b. H., Dresden, ist die Untersagung des Geschäftsbetriebes bestätigt worden, bei der „Hybag" mit dem klarstellenden Hinweis, daß die Untersagung sich nur auf das Bauspargeschäft bezieht. Am 1. März d. J. stehen drei weitere Berufungssachen von Bausparkassen zur Verhandlung an.

Das Stellenprogramm der Reichsbahn

In der Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes „Der Beamtenbund" wird mitgeteilt, daß die Reichsbahn beabsichtige, die Zahl der Beamtendienstposten erheblich zu verringern. Insbesondere sollten mehr als 20 000 in planmäßigen Stellen angestellte Beamte in den dauernden Ruhestand versetzt werden. Auch bei den Arbeitern müsse man mit erheblichen Entlassungen rechnen.

Hierzu wird dem VDZ-Büro von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft folgendes mitgeteilt: „Die Meldung, die Reichsbahn beabsichtige, 20 000 Beamte in den Ruhestand zu versetzen, trifft nicht zu. Es liegt wohl eine falsche Schlußfolgerung vor aus dem seit 1925 bei der Reichsbahn bestehenden Stellenprogramm. Nach diesem sollen die vorhandenen Beamtendienstposten, die sich notwendigerweise durch den Rückgang des Verkehrs stark vermindert haben, zu 80% mit planmäßigen Beamten und zu 20% mit Hilfsbeamten (Arbeitern) besetzt werden. Bei den Arbeitern der Reichsbahn können die natürlichen Abgänge wegen des Verkehrsrückganges nicht wieder ersetzt werden. Wo überhaupt keine Arbeit vorliegt und aus finanziellen Gründen eingeschränkt werden muß, werden gelegentlich Entlassungen in Frage kommen.

Frankreichs Vertretung auf der außerordentlichen Völkerbundsversammlung

Paul Boncour wurde vom Ministerrat zum Delegierten Frankreichs auf der am 3. März in Genf beginnenden außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes ernannt.

Tardieu im französischen Ministerrat

Ministerpräsident Tardieu erstattete sofort nach seiner Rückkehr aus Genf im Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik stattfand, Bericht über den Stand der Genfer Abrüstungsverhandlungen oder wie der offizielle Bericht sagt, über die Verhandlungen, die im Rahmen des Abkommenentwurfes von 1930 betreffend die Einschränkung und Herabsetzung der Rüstungen geführt werden. Tardieu sprach weiter über die Lage in Schanghai und über die zur Beilegung des japanisch-chinesischen Konfliktes eingeleitete Demarche. Er erläuterte eine Reihe Wirtschaftsverhandlungen und schließlich über das Expose der Kammer, über den von der vorangegangenen Regierung eingebrachten und von der gegenwärtigen Regierung übernommenen Gesetzentwurf, durch den das französische Staatsministerium ermächtigt werden soll, der Tschechoslowakei eine Anleihe von 600 Millionen zu gewähren. Der Ministerrat billigte einen vom Minister für nationale Verteidigung vorgelegten Plan zur Organisierung seines Ministeriums. Der Handelsminister gab näheren Aufschluß über den Abschluß des neuen Handelsabkommens mit Italien.

Francois-Poncet endgültig Botschafter in Berlin

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, hatte sein Abgeordnetenmandat immer noch beibehalten und sich für seinen Berliner Posten nur mit einer sechsmonatigen Mission betrauen lassen. Diese läuft demnächst ab. Botschafter Francois-Poncet hat sich nunmehr, wie der offiziöse Petit Parisien berichtet, entschlossen, sein Abgeordnetenmandat endgültig niederzulegen und sich der diplomatischen Berufslaufbahn vollständig zu widmen.

Aus Paris, 1. März, kommt dann auch später die Nachricht: Botschafter Francois-Poncet wurde heute endgültig zum Botschafter Frankreichs ernannt. Der Präsident der Republik unterzeichnete das ihm vom Ministerpräsidenten Tardieu unterbreitete Ernennungsdekret.

Neuer Weltbühnenprozeß

Gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Weltbühne", Carl von Ossietzki, der im vergangenen Jahre wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist vom Oberstaatsanwalt eine neue Anklage erhoben worden. In der „Weltbühne" erschien im August 1931 ein Artikel Tucholskis, in dem Soldaten als Mörder bezeichnet werden. Reichswehrminister Gröner erblickt in diesen Ausführungen eine schwere Verunglimpfung des Soldatenstandes und stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur. Der Prozeß dürfte demnächst vor dem Schöffengericht Charlottenburg stattfinden.

Das englische Einfuhrzollgesetz in Kraft

Nachdem die Einfuhrzollvorlage vom englischen Oberhaus endgültig angenommen worden war, erhielt sie die Unterschrift des Königs und ist damit offiziell in Kraft getreten.

Unglückschronik

Furchtbare Panik bei einem Kinobrand in Bulgarien

In Rustschuk brach während einer Kindervorstellung im Tonkino Roya in der Vorführungskabine, wo anstelle des Operateurs zwei Studenten der Technischen Hochschule arbeiteten, ein Brand aus, der bald auf die dort lagernden Filme übersprang. Die Studenten flüchteten, ohne die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, so daß das Feuer auf den Zuschauerraum übergriff. Dort brach eine furchtbare Panik aus. Die Galeriebesucher sprangen in den Saal hinab, um aus den Türen im Erdgeschoß flüchten zu können. Unten selbst drängte alles zu den Ausgängen. Nach den bisherigen Mitteilungen sind 15 Kinder und einige Erwachsene sehr schwer, zum Teil sogar lebensgefährlich verletzt. Leichtverletzte gab es in sehr großer Anzahl. Der Direktor des Lichtspieltheaters und die beiden Studenten sind verhaftet worden.

Schneestürme in der Türkei. — Eine Patrouille erfroren

Vier Gendarmen, die sich in der Nähe des Dorfes Dschiddeh am Schwarzen Meer auf Patrouille befanden, wurden von einem Schneesturm überrascht und erfroren. Ihre Leichen fand man, nachdem sie von Bären halb aufgefressen worden waren. Neun Personen, darunter zwei Frauen und zwei Kinder, die in einem Postautomobil von Trapezunt nach Erzerum fuhren, wurden durch eine Lawine am Zigana-Paß verschüttet und kamen ums Leben.

Französisches Postflugzeug in Südamerika verunglückt?

Aus Buenos Aires wird gemeldet: Ueber das Schicksal eines französischen Postflugzeuges, das zwischen Montevideo und Porto Alegre in ein Gewitter geriet, gehegte Befürchtungen scheinen sich durch den Fund eines Rades, eines Lehnstuhls und einer Anzahl Postsäcke bei Rio Grande do Sul zu bestätigen. Der französische Geschäftsträger in Bolivien, Louis Bouchet, befand sich an Bord des Flugzeugs, dessen Besatzung aus einem Führer, einem Mechaniker und einem Funker bestand.

Münster i. W. stellt den Theaterbetrieb ein

5 Millionen RM. ungedeckter Fehlbetrag für 1931 und 1932

Der Magistrat der Stadt Münster i. W. hat beschlossen, für die kommende Spielzeit weder einen Weiterbetrieb als städtisches Theater noch als Pachttheater mit Zuschuß durchzuführen, da er angesichts der überaus angespannten Finanzlage die Bezuschussung des Theaterbetriebes nicht verantworten zu können glaubt. Das städtische Orchester, das jetzt 52 Mann zählt, soll nur in Stärke von 36 Mann beibehalten werden. Das Stadtverordnetenkollegium wird sich am Mittwoch in einer geheimen Sitzung mit diesem weittragenden Beschluß des Magistrats befassen.

Wie der Finanzdezernent, Bürgermeister Schlanstein, in einer Pressekonferenz mitteilte, stellt sich der ungedeckte Fehlbetrag aus dem Haushaltsplan für 1931 auf 1,2 Millionen RM. Der in etwa drei Wochen zur Beratung kommende Etat für 1932 weist einen ungedeckten Fehlbetrag von 3,75 Millionen RM aus. Insgesamt ergibt sich ein ungedeckter Fehlbetrag von 5 Millionen RM.

Einheitsfront der christlichen Arbeiterschaft

Vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wird mitgeteilt:

Angesichts der offenbaren Gefahr, die von den radikalen Bewegungen Nationalsozialismus und Kommunismus für die Ordnung in Wirtschaft und Staat ausgeht, hat nunmehr auch die christliche Arbeiterschaft im Bezirk Westdeutschland ihre freiwillige Bereitschaft zum Schutze der Ordnung formuliert. In dieser Bereitschaft der christlichen Arbeiterschaft in der Volksfront stehen die Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jeden gewaltsamen Angriffes auf die verfassungsmäßige Ordnung. Die Verbindung mit der weiteren Gliederung der christlichen Arbeiterbewegung sowie den anderen verfassungstreuen Kreisen ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterschaft ist aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der Volksfront einzugliedern.

Die Lage in Finnland

Aus Helsingfors, 1. März, wird berichtet: Da die Meldungen und Gerüchte über Bewegungen und Zuzug zu den Aufständischen sich dauernd widersprechen, ist es schwer, sich von der gegenwärtigen Lage ein einigermaßen klares Bild zu machen. Während im allgemeinen behauptet wird, daß jede Verstärkung der Aufständischen aufgehört habe, liegen andere Meldungen aus einzelnen Orten vor, die das Gegenteil besagen. Jedenfalls aber sind die Hauptstadt und größere Provinzstädte fest in der Hand der Regierung. Letztere konzentriert immer mehr zahlreiche Truppenkontingente in Helsingfors. Heute traf ein halbes Infanterieregiment aus Abo hier ein. In der Nähe des Reichstagsgebäudes liegt eine Tankkompagnie. Ueber den Aufenthaltsort der Lappoführer liegen ebenfalls widersprechende Meldungen vor. Jedenfalls konnte dem Befehl zu ihrer Verhaftung vorläufig nicht nachgekommen werden. Der Staatspräsident empfing eine Abordnung der Frontkämpfer, der er erklärte, daß die Regierung vorläufig keine militärische Offensive gegen die Aufrührer plane. Er warne aber vor einem Marsch auf Helsingfors. Ein Versuch, die gestern verbotene Lappozeitung „Ajasana" heute in Helsingfors auszugeben, wurde vereitelt. Der Reichstag tritt heute abend zusammen. Man erwartet, daß möglicherweise ein ge Minister der Sammlungspartei aus der Regierung austreten werden.

Die Vorgänge in Finnland

Aus Helsingfors, 1. März, wird gemeldet: Der Präsident der Republik hat heute abend eine Proklamation an die Schutzkorps gerichtet, in der es u. a. heißt:

> Ich befehle allen Mitgliedern der Schutzkorps, sofort in ihre Heimat zurückzukehren und nur den Befehlen der eigenen Führer zu gehorchen.

Die Regierung erklärt, daß die Schutzkorps sich bereit erklärt haben, alle Aktionen bewaffneter Volkshaufen zu verhindern.

Entgegen früherer Meldungen sind nur zwei Minister, und zwar der Sozialminister Kilpeläinen und der stellvertretende Innenminister Solja zurückgetreten.

Aus aller Welt

Der festgenagelte Scheintote

Im Herzen des rauhen serbischen Gebirges liegt der kleine Ort Brekkan. Dort ereignete sich kürzlich ein schauerlicher Vorfall. In dieser abgelegenen Gebirgsgegend ist im Volke der Aberglaube verbreitet, daß die Menschen nach dem Tode im Sarge keine Ruhe finden und eine Zeit lang als Vampire auf der Erde ihr Unwesen treiben müssen. Nach dem Volksglauben kann diese „Seelenwanderung" nur dann verhindert werden, wenn der Tote im Sarge festgenagelt wird. Vor einigen Tagen starb nun in Brekkan ein Landwirt, der einige Wochen vorher seine Tochter an den Landarbeiter Stojanowitsch verheiratet und das junge Paar in sein Haus aufgenommen hatte. Nach dem Tode des Schwiegervaters nahm es der Schwiegersohn auf sich, die Leiche im Sarge festzunageln. Er besorgte sich in der Schmiede einen genügend langen Nagel. In dem Augenblick aber, als der Nagel in den anscheinend leblosen Körper eindrang, ertönte aus dem Sarge ein furchtbarer Schrei: der Schwiegervater war nur scheintot. Der Nagel, der ihm in die Brust hineingetrieben worden war, hatte ihn tödlich verletzt. Die Behörden haben gegen den Schwiegersohn ein Verfahren eingeleitet.

Ernährung und Landwirtschaft

Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (D. L. G.) hatte Vertreter der Presse zu einer Aussprache über die noch bestehenden Notwendigkeiten zur Sicherung der Ernte 1932 eingeladen. An dieser Veranstaltung nahmen die Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden und die Führer der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen teil.

Dr. h. c. Schurig-Zeestow

hielt ein Referat über eine von ihm verfaßte und von der D. L. G. herausgegebene

Denkschrift.

Der Redner wies darauf hin, daß Deutschland in Anbetracht der Devisenlage die Nahrungsmitteleinfuhr aus dem Auslande soweit wie irgend angängig einschränken müsse; der deutschen Landwirtschaft falle deshalb die wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe zu, einen möglichst großen Teil des deutschen Nahrungsmittelbedarfes aus eigener Erzeugung zu decken. Der Redner betonte den wertmäßigen Rückgang der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse seit 1927. Das größte, seit Jahrzehnten erstrebte Ziel, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu versorgen, sei annähernd erreicht. In diesem Augenblick drohe aber die Gefahr, daß die Landwirtschaft durch die Not der Verhältnisse gezwungen sei, auf dem erfolgreich beschrittenen Wege umzukehren. Die D. L. G. richte in letzter Stunde einen Appell an die Landwirtschaft, tunlichst alles für die Erreichung einer guten Ernte unerläßlichen Betriebsmittel voll einzusetzen und so Ernte und Volksernährung zu sichern.

Bei der Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wies in der Aussprache über die von Dr. h. c. Schurig-Zeestow unterbreitete Denkschrift

Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen

auf die Gefahren hin, die der deutschen Landwirtschaft und der gesamten deutschen Volkswirtschaft drohten, wenn nicht alle zur Verfügung stehenden Betriebsmittel eingesetzt werden würden, um

eine möglichst große Ernte

zu erzielen. Wenn die sich in der Umschuldung befindlichen Betriebe durch ungenügende Düngung in diesem Jahre schwere Betriebsverluste erlitten, so müsse er als Reichskommissar für die Osthilfe heute schon jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. Auch außenpolitisch werde das Reich durch ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion gefährdet. Der Minister

wies den Gedanken einer Preisgarantie zurück.

Derartige Garantien bedeuteten ein Abgehen von den privatwirtschaftlichen Prinzipien, für deren unbedingte Aufrechterhaltung die Landwirtschaft sonst eintrete. Da aber der Reichsregierung das besondere Kapitalrisiko, das bei der Ernte in diesem Jahre den Landwirt bedrohe, bekannt sei, sei sie

bemüht, eine gesunde Kalkulationsbasis zu schaffen

und diese Risiken weitgehend zu vermindern.

Die Japaner greifen weiter an

Die Kampfberichte aus Schanghai

Aus Schanghai, 1. März, wird gemeldet: Zwei Minen explodierten 15 Meter von dem japanischen Flaggschiff Idzuno und einem anderen japanischen Kreuzer auf dem Whangpu-Fluß. Die Explosion erschütterte die ganze Stadt, deren Bewohner an einen Erdstoß glaubten. Die Schiffe sind unbeschädigt geblieben.

Nachts wütete in Tschapei einer der größten Brände, der dort bisher geherrscht hat. Nachdem bei Einbruch der Dunkelheit das Artilleriefeuer etwas nachgelassen hatte, wurde dann wieder die ganze Nacht gekämpft.

Bald nach Tagesanbruch hörte der Kampf in Tschapei auf.

Um 8,30 Uhr vormittags gingen die japanischen Streitkräfte an der ganzen Tschapei-Front erneut zum Angriff über. Sie drangen allmählich im Bezirk des Hongkew-Parkes in südlicher und westlicher Richtung vor. Die Chinesen leisten erbittert Widerstand. Auch an der Kiangwan-Front ist ein Angriff im Gange. Japanische Flugzeuge und Artillerie werfen unaufhörlich Bomben auf Tschapei.

Die japanische 11. Division in Stärke von 12000 Mann ist an der Yangtsemündung gelandet worden.

Wiedereröffnung der chinesischen Kaufhäuser in Schanghai

Nach einer Agentur-Meldung aus Schanghai hat die chinesische Handelskammer die Wiedereröffnung der chinesischen Kaufhäuser beschlossen.

Die USA.-Flotte im Pazifischen Ozean

Die Stärke der amerikanischen Flottenstreitkräfte, die sich nach Ueberführung des Gros der amerikanischen Kriegsflotte nach dem Stillen Ozean dann insgesamt dort befinden werden, beträgt nach einer Reutermeldung 199 Kriegsschiffe, nämlich 12 Panzerkreuzer. 17 Kreuzer, 33 Unterseeboote, 81 Zerstörer, 3 Flugzeugmutterschiffe und 53 Hilfsdampfer.

Die englischen Blätter

äußern Befriedigung über den Fortschritt in den Bemühungen um Wiederherstellung des Friedens im Fernen Osten.

Times berichten aus Genf, Gerüchte, daß Großbritannien sich um einen Aufschub der Völkerbundsversammlung bemühe, würden von der dortigen britischen Delegation energisch dementiert. Doch deutet das Blatt in einem Leitartikel an, daß ein solcher Aufschub vielleicht wünschenswert sein werde, damit sich herausstelle, ob eine vorläufige Vereinbarung zustandekomme, oder, wenn nicht, wer für den Fehlschlag verantwortlich sei.

Die Nachricht von der Zusammenziehung einer amerikanischen Armada im Stillen Ozean wird von den Blättern ohne Kommentar gebracht. Nur der liberale News Chronicle weist mißbilligend darauf hin, daß diese „überraschende Nachricht" unmittelbar auf die Meldung von aussichtsvollen Friedensverhandlungen folge, und fürchtet, daß die in der Welt herrschende Erregung dadurch nicht gerade verringert werden würde.

Der Krieg in Ostasien

Geringe Fortschritte der Verhandlungen

Aus Tokio, 1. März, wird gemeldet: Im Verlauf der chinesisch-japanischen Besprechungen in Schanghai sind bisher nur geringe Fortschritte erzielt worden.

Die Schlacht um Tschapei

dauert noch an. Die durch die japanischen Granaten in Tschapei verursachte Feuersbrunst hat die noch stehenden Reste der zerstörten Häuser vernichtet. 712 verletzte chinesische Soldaten sind im Laufe des Dienstags in der ausländischen Konzessionszone eingeliefert worden.

Chinesisches Pulvermagazin explodiert — Etwa 100 Tote und Verletzte

Aus Tokio kommt die Meldung: Ein chinesisches Pulvermagazin in Mahtschiaku, einem Vorort von Charbin, ist in die Luft geflogen. Etwa 100 chinesische Wachmannschaften und Zivilpersonen wurden getötet oder verletzt.

Bekanntmachung

über die Offenlegung der Stimmlisten für die am 13. 3. 32 stattfindende Wahl des Reichspräsidenten.

Die Stimmlisten sind von Donnerstag, den 3. bis einschließlich Sonntag, den 6. März 1932 im Rathause, Zimmer 10 an den Wochentagen während der Dienststunden und am Sonntag von 9—12 Uhr und von 15—18 Uhr zu jedermanns Einsicht ausgelegt Einsprüche können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei mir angebracht werden.

Jedem Wahlberechtigten wird eine Benachrichtigungskarte über die erfolgte Eintragung in die Stimmliste zugestellt. Wer bis einschl. 3. März keine Karte erhalten hat, muß annehmen, daß er in der Stimmliste nicht geführt wird. Er kann die Berichtigung der Liste im Rathaus, Zimmer 10 beantragen. Nach Ablauf der Auslegungsfrist ist eine Berichtigung nicht mehr möglich.

Die Ausfertigung von Stimmscheinen für diejenigen Wähler, die ihr Wahlrecht aus zwingenden Gründen in einer anderen Gemeinde ausüben wollen, erfolgt in der Zeit vom 3. bis einschl. den 12 3. 32 während den üblichen Dienststunden im Rathaus, Zimmer 10.

Burscheid, den 1. März 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Die auf Grund meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 19. 1. und 21. 1. wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter den Klauenviehbeständen des Peter Olbert in Leverkusen Rheindorf und des Paul Eigen-Hemmelratherhof in Leverkusen-Schlebusch verhängten Sperrmaßnahmen werden, da die Seuche erloschen ist, hiermit aufgehoben.

Opladen, den 29. Februar 1932.

Der Landrat. I. V.: Stapmanns.

Modenschau

Lyon's illustrierte Zeitschrift für Heim und Gesellschaft

Erscheint monatlich in eleganter, mehrfarbiger Ausstattung im Umfange von 64 Seiten
34 Seiten Mode
30 Seiten Unterhaltung.
Über 120 neue Modelle in jedem Heft

Preis 70 Pfennig

Unentbehrlich für Schneiderei

Zu haben in allen Buchhandlungen

Ich habe mein Büro verlegt nach

Viktoriastraße 29

(Nähe Realgymnasium)

Rechtsanwalt Hindrichs, Opladen

Achtung! Achtung!



Es wird am Freitag, 4 März, vorm. von 10—12 Uhr an der Wirtschaft Heinrich Prante in Hilger, ein großer Transport von zirka 80 Stück

oldenburger Schweine

das Stück von 9— RM an, auch größere Läuferschweine, spottbillig verkauft.

Kutsch, Barmen

Husten

Verschleimung
Asthma

In einigen Tagen befreit. K. König, Barmen.
Das Beste was ich gefunden. Frau Ostrowsky Barmen.
Ein Versagen niemals festgestellt. Dr. Kühne.
Sofort geholfen. Ferd. Evers, Krefeld.
Laut weiteren ärztlichen Urteilen hilft garant. sofort Husta-Glycin Fl. 0.95, 1.65 Hustobons (Bonbon) Dos. 0.90 erhältlich:
Drogerie Leo Becker Hauptstraße 29
u. Robert Seck, Hilgen.

Oskar Heinrichs

Holzhandlung und Holzbearbeitung
Burscheid, Höhestraße
empfiehlt
Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz
in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken.
Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen.

Wer einen

Stempel

braucht, wende sich an
Franz Ansin, Burscheid-Hauptstr. 33
Stempelkissen - Stempelfarbe

Kipp & Grünhoff
Opladen, Telefon 45
Holz- u. Baustoffhandlung

Hausfrauen! Vortrag über Glanzplätten

am Donnerstag, den 3. März 1932
nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr, im kleinen Saale des
Gasthofs „Zur Alten Post" (Urbahn) Burscheid

zur Erzielung feiner Herrenwäsche
Vortragende ist die bekannte
Fachlehrerin W. Hedrich, Berlin.

Nach selbst ausgearbeiteter Methode wird das Waschen, Stärken, Plätten, Neuplätten und Glänzen der Wäsche und die dabei anzuwendenden Kunstgriffe praktisch vorgeführt und leicht faßlich erklärt, so daß jede Dame danach die Stärkewäsche im eigenen Haushalt fertigstellen kann.

Eintritt frei!

Das Haus

Luisental 243 ist auf Abbruch zu vergeben. Günst. Gelegenheit für Siedler. Bedingungen zu erfragen bei

Berg. Kerzen- u. Wachswarenfabrik Burscheid-Luisental.

Schöne

Wohnung

von 3 bis 4 Ziumern, im Mittelpunkt der Stadt, an ruhige Leute zu vermieten Offerten unter „A. B. 50" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten

1.70

das ist der neue Abonnementspreis für Westermanns Monatshefte. Jedes Heft 30 Pf. billiger ● Westermanns Monatshefte liegen fast in jedem Hotel und Café aus.

Die Einführung des Abonnementspreises erleichtert die Werbearbeit. Werber in allen Orten gesucht (auch nebenberuflich)

Gutschein

An den Verlag Georg Westermann, Braunschweig
Bitte senden Sie mir unverbindlich u. kostenlos eine Probenummer von Westermanns Monatsheften mit 100 S. Text, 60 bis 70 ein- und buntfarbigen Bildern un etwa 7 Kunstbeilagen. 30 Pf. für Porto (auch Auslandsmarken) füge ich bei.

Bestellschein

An die Buchhandlung
.....
.....
Ich bestelle hiermit Westermanns Monatshefte ab Monat .....
bis auf Widerruf zum Abonnementspreise von 1,70 Mark für das Heft.

Ort u. Datum: .....
Name: .....
Beruf: .....

Schluß jetzt — Wir wählen Hitler!

Große öffentliche Wahlkundgebung

am Donnerstag, 3. März, in der Schützenburg, Burscheid.

Es spricht Pg. Quabeck-Essen über das Thema:

„Hitler Reichspräsident!"

Einlaß 7.30 Uhr. Beginn 8.30 Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pfg.
Kostenlose Erwerbslosenkarten bei den Parteigenossen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Burscheid.

Schnell-Lastwagen 2 bis 2½ to

Bevor Sie sich für den Kauf eines Fahrzeuges obiger Type entscheiden, verlangen Sie unbedingt unverbindliche Vorführung des z. Zt **meistgefragten** Fabrikats des bedeutendsten europäischen Automobilkonzerns. **Lastwagen - Omnibusse - Spezialwagen!** Zeitgemäße Finanzierungsbedingungen. Anfragen unter **I. U. 14123** befördert die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zum Frühjahr ...

brauchen Sie einen neuen Anzug. Er soll haltbar, elegant und nicht teuer sein. Diese Vorzüge besitzt der

... Anzug nach Maß

Billigster Preis - Großes Stofflager.

Robert Erlenköser, Burscheid
Hauptstr. 77. Schneidermeister. Fernspr. 346

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Sektion Hilgen)

Hitler, Hindenburg oder Thälmann!

Aufstieg, Niedergang oder Chaos!

Über dieses Thema spricht am **Mittwoch, den 2. März,** im Saale des Herrn **Hirschfelder**

Pg. Früh, Wuppertal
in
öffentlicher Volksversammlung

Erscheint in Massen!

Unkostenbeitrag 20 Pfg. Beginn 8.30 Uhr.